Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 15.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 619. Dienstag, 16. Dezember 1919. Abend-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Lloyd George über die Londoner Konferenz.

(Eigene Dr)ahtmeldung.

London, 16. Dezember.

Lloyd George gab im Unterhause eine Erklärung über die Konferenz in London ab, wonach die Besprechungen, die zwischen den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten und Japans abgehalten wurden, den Abschluß des Friedens mit der Türkei und mit Ungarn, die Adriafrage, die Ratifikation der schon geschlossenen Verträge und deren Ausführung umfaßten.

Die wirtschaftliche und die finanzielle Lage wurde ausführlich besprochen. Um den Kursschwankungen, die die Interessen Frankreichs und Englands beeinträchtigten, entgegenzutreten, hat die englische Regierung ihre Einwilligung zur Herausgabe der französischen Anleihe in England gegeben. Der Zeitpunkt, die Höhe und die Bedingungen dieser Anleihe sollen durch ein Abkommen geregelt werden.

Die russische Frage war ebenfalls Gegenstand längerer Besprechungen. Die Alliierten waren in dieser wie in den anderen behandelten Fragen vollständig einer Ansicht. Es wurde beschlossen, daß die Konferenz in nächster Zeit wieder zusammentreten soll, um die Friedensbedingungen mit der Türkei zu prüfen und alle Schwierigkeiten, die in der Adriafrage entstanden sind, endgültig zu lösen. Im Unterhaus wird eine Debatte über die Konferenz noch vor Schluß der Wintertagung stattfinden.

Zürich, 15. Dezember. (Drahtmeldung.) Der Pariser Berichterstatter der „Neuen Zürcher Zeitung" gibt als Hauptzweck der Londoner Besprechungen die Schaffung eines interalliierten militärischen Areopags unter der Leitung des Marschalls Foch an. Clemenceau habe den Engländern dargestellt, daß die Tätigkeit der Untersuchungskommissionen der Alliierten in Deutschland sich als unwirksam erweisen würde, wenn man nicht ein zentrales Exekutivorgan ins Leben riefe. Es handle sich darum, die von Foch und General Wilson in Paris gefaßten Beschlüsse zu ratifizieren. Die Aussicht einer militärischen Allianz der Westmächte würde durch den Charakter der neuen italienischen Kammer als stark gefährdet betrachtet und schon aus diesem Grunde bemühen sich sowohl Frankreich wie England, Amerika mit allen Mitteln in ihrem Bündnissystem festzuhalten. Der „Temps" spricht sich in einem Leitartikel mit aller Entschiedenheit in diesem Sinne aus und schließt mit den Worten: „Nicht ohne die Vereinigten Staaten."

Der gleichen Korrespondenz zufolge wird die Einfuhr von Rohstoffen und Maschinen in Frankreich mit Hilfe langfristiger Wechsel, die von den englischen Banken unter Bürgschaftsleistung des französischen Staates diskontiert werden sollen, ins Auge gefaßt werden. Ein endgültiges Ergebnis wurde endlich in der Frage der Kohlenlieferung erzielt, für die der französische Markt auch fernerhin begünstigt werden soll. Die Gewährung eines Höchstpreises wurde jedoch nicht zugestanden.

Clemenceaus Haltung.

Eigene Drahtmeldung.

A. **Zürich**, 16. Dezember.

„Wie der Pariser Berichterstatter der „Basler Nationalzeitung" gegenüber anderslautenden italienischen Meldungen mitteilt, sollen England und Frankreich auf den Londoner Besprechungen die Besetzung von Fiume nicht anerkannt haben. Clemenceau wolle unter keinen Umständen von der Wilsonformel abweichen. Frankreich und England beständen ferner darauf, daß Amerika den Pariser Vertrag buchstäblich und ohne Vorbehalte ratifiziere. Clemenceau habe von den Amerikanern die absolute Aufgabe der Monroe-Doktrin gefordert; er glaube dabei, daß der Völkerbund die neue Welt so gut wie die alte beherrschen werde.

Was das russische Problem anbelangt, so soll mit der Sowjetrepublik nicht verhandelt werden, dagegen soll ihren Gegnern nur noch eine moralische Unterstützung gewährt werden. Die dringende Erledigung der türkischen Frage soll ohne Mitwirkung Amerikas in Angriff genommen werden, solange die amerikanische Regierung nicht in der Lage ist, einen Vertreter zu bevollmächtigen und ihm Anweisungen zu erteilen.

Hamburger Kaufleute zum Reichsnotopfer.

Hamburg, 15. Dezember. In der am Nachmittag im Fondssaal der Börse abgehaltenen Versammlung eines Ehrbaren Kaufmannes mit der Tagesordnung „Stellungnahme zum Reichsnotopfer" wurde folgende Entschließung gefaßt:

Die heutige Versammlung eines Ehrbaren Kaufmannes stimmt den Grundgedanken des Reichsnotopfers unbedingt zu; sie erkennt auch an, daß dem Gesetzentwurf in der zweiten Lesung einige wesentliche Verbesserungen zugefügt sind. Trotzdem ist die Versammlung zu der Ueberzeugung gelangt, daß das Gesetz in der vorliegenden Form vernichtende Wirkungen für den deutschen Handel haben muß. Die Festlegung einer Abgabe für den Zeitraum von 30 Jahren auf der Grundlage eines fiktiven Vermögensstandes, wie er unter heutigen ungesunden Valutaverhältnissen errechnet wird, ist eine steuerliche Ungeheuerlichkeit. Sie nimmt dem Handel die Grundlage, deren er für die notwendige Kreditbeschaffung bedarf. Sie beraubt ihn damit der Möglichkeit, das Geschäft in den überseeischen Gebieten wieder aufzubauen. Die Versammlung hält daher für erforderlich, daß die Durchführung des Reichsnotopfers auf die Weise geschieht, daß eine sofort zahlbare Abgabe vom gegenwärtigen Vermögen auf Grund der Vermögensfeststellung vom 31. Dezember 1919 erhoben werde, daß außerdem in den folgenden Jahren für einen längeren Zeitraum die Vermögenssteuer festgelegt werde, zu der die Zensiten alljährlich neu veranlagt werden, deren Steuersätze schon jetzt festgestellt werden. Durch die Befolgung dieses Vorschlages würde nicht nur die sonst unabwendbare wirtschaftliche Katastrophe vermieden werden, sondern auch ein wesentlich besseres Steuererträgnis zu erwarten sein, weil im allgemeinen mit der Neubildung von Vermögen in den nächsten Jahrzehnten gerechnet werden kann.

Die deutsche Antwortnote.

Verhandlungen vor dem Obersten Rat.

Eigene Drahtmeldung.

S. **Haag**, 16. Dezember.

Der Oberste Rat wird sich in seiner für Mittwoch anberaumten Sitzung mit der deutschen Antwortnote befassen und ferner den Vortrag des österreichischen Staatskanzlers Renner anhören. Renner wurde gestern mittag von Clemenceau empfangen.

A. **Zürich**, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) „Matin" berichtet aus Konferenzkreisen, daß der Oberste Rat Deutschland nicht gestatten würde, durch mündliche Verhandlungen den Vertrag auf die Ereignisse „weiterhin zu verschleppen". Wahrscheinlich werde den Deutschen nur eine sehr kurze Frist eingeräumt werden, innerhalb welcher sie sich verpflichten müssen, die Forderungen der Alliierten glatt anzunehmen. Diese endgültige Note würde in den allernächsten Tagen ausgearbeitet und der deutschen Delegation übermittelt werden. Falls Deutschland innerhalb der festgesetzten Frist das Ratifizierungsprotokoll nicht unterzeichne, würde es für den Bruch des Waffenstillstandsvertrages verantwortlich gemacht werden.

Die französischen Gemeinderatswahlen.

Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Frankreich war für die Sozialisten weit besser als das der Kammerwahlen. Zahlreiche große Provinzstädte haben nunmehr eine absolute sozialistische Mehrheit, so z. B. Lyon, Lille, Troyes, Périgueux und Grenoble. In den meisten dieser Städte wird ein Sozialdemokrat zum Bürgermeister gewählt werden, so der Abgeordnete Delory in Lille und der Abgeordnete Moutet in Lyon. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß in zahlreichen Städten, namentlich bei der Stichwahl, die Sozialisten mit der bürgerlichen Linken gemeinsame Listen aufstellten, obgleich der französische Parteivorstand diese Verbindungen bei den allgemeinen Kammerwahlen vom 16. November aus Gründen des reinen Klassenkampfes streng verboten hatte.

Die Erledigung des Betriebsrätegesetzes.

Zu den verschiedenen Meldungen über die Erledigung des Betriebsrätegesetzes, in denen sogar von der Möglichkeit eines Konfliktes zwischen den Regierungsparteien gesprochen wurde, hören wir, daß irgendwelche sachlichen Meinungsverschiedenheiten der Beendigung der Ausschußberatungen nicht mehr entgegenstehen. Die Reichsregierung und auch die Sozialdemokratie haben wohl den Wunsch gehabt, das Betriebsrätegesetz vor Weihnachten erledigt zu sehen, doch ist dies technisch nicht möglich gewesen. Die Redaktionskommission arbeitet zurzeit noch an der Fassung der Paragraphen, über die früher keine Einigung zu erzielen war. Bei der Schwierigkeit der Materie dürfte sie vor übermorgen ihre Arbeiten kaum beenden können, an welchem Tage wahrscheinlich die Nationalversammlung in die Ferien gehen wird. Da die Parteien sich jetzt über die Fassung einig sind, dürften kaum weitere Schwierigkeiten zu überwinden sein, so daß das Gesetz gleich nach Weihnachten im Plenum erledigt werden kann.

Tewfik Pascha — Friedensunterhändler.

Eigene Drahtmeldung.

S. **Haag**, 16. Dezember.

Nach einer Konstantinopeler Meldung erklärte der Scheich ül Islam, daß die türkische Regierung endgültig beschlossen habe, Tewfik Pascha zum Vorsitzenden der türkischen Friedensdelegation zu ernennen.

*

Aus der Wahl Tewfik Paschas zum Führer der türkischen Friedensdelegation lassen sich auf die innerpolitische Lage der Türkei keine Schlüsse ziehen, dagegen ist anzunehmen, daß dieser Beschluß, dem zweifellos eine Verständigung mit Kemal Pascha zugrunde liegt, aus dem Wunsch hervorgegangen ist, dem anscheinend auf Entgegenkommen gestimmten Verband einen Unterhändler gegenüberzustellen, dem von der Gegenpartei das nötige Vertrauen entgegengebracht wird. Tewfik Pascha, der bekanntlich nach dem Zusammenbruch das Großwesirat übernahm, hat durch seine frühere Eigenschaft als Botschafter in London gute Verbindungen mit England, und man wird annehmen können, daß seine Ernennung im Einvernehmen mit dem Obersten Rat erfolgte, ihm daher das Schicksal der Mission Damad Ferid Paschas erspart bleiben dürfte.

Die Ratifizierung durch Rumänien.

Rumänischen Blättermeldungen zufolge wird demnächst dem Bukarester Parlament die Ratifizierung des Friedens mit Deutschland vorgelegt werden. Nach Ratifizierung wird die Regierung einen Vertreter für Berlin ernennen. Auserkoren ist N. Filodor, ehemaliger Minister in Athen. In Handelskreisen sowie in der Presse wird die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland verlangt.

Holländische Verhandlungen mit Litwinow.

S. **Haag**, 16. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In der letzten Sitzung der holländischen Kammer teilte der Minister des Aeußern mit, daß die Regierung die Anwesenheit des bolschewistischen Vertreters Litwinow in Kopenhagen dazu benutzt habe, um durch Vermittlung des holländischen Geschäftsträgers mit diesem über die Rückkehr der in Rußland weilenden Holländer zu unterhandeln. Der Abgesandte der Sowjetregierung bedauerte, mitteilen zu müssen, daß für den Austausch der Holländer gegen die in den Niederlanden internierten Russen vorläufig keine Aussicht bestehe, da die Sowjetregierung auf die Rückkehr der Russen keinerlei Wert lege. Litwinow habe aber versichert, daß die Holländer sich in Rußland frei bewegen dürfen und lediglich durch den Kriegszustand an der Rückreise verhindert seien.

Russische Propagandarubel.

Nach einer Meldung der „Times" aus Helsingfors, hat Litwinow nach Kopenhagen 30 Millionen Dumarubeln zu bolschewistischen Propagandazwecken mitgebracht.

Die bolschewistische Agitation in Asien.

„Times" veröffentlichen zwei Zuschriften, in welchen auf die Gefahr hingewiesen wird, die für England in der bolschewistischen Agitation in Afghanistan enthalten ist.

Bis 1917 hatte Rußland keine direkten offiziellen Beziehungen zu Afghanistan, weil nach dem anglo-afghanischen Uebereinkommen vom Jahre 1881 die internationalen Beziehungen zu Afghanistan unter englischer Kontrolle stehen sollten, was auch später durch eine Reihe von weiteren Verträgen — auch durch das englisch-russische Uebereinkommen von 1907 — bestätigt wurde. Die Sowjetregierung nahm gegenüber Afghanistan eine ganz andere Haltung ein. Im Sommer dieses Jahres ging ein bolschewistischer Vertreter Bravin mit einer Eskorte von 20 Mann nach Afghanistan. Dieser Bravin ist Nikolaus Sacharowitsch Bravin, der seit 1904 als Beamter im russischen Ministerium des Auswärtigen saß und eine Zeitlang Vizekonsul in Seistan war. Er war einer der wenigen Beamten, die nach dem Bolschewistenputsch im November 1917 sofort in den Dienst der Sowjetregierung traten. Nach der Reise Bravins begann umgekehrt Afghanistan mit Versuchen, eine Annäherung an Sowjetrußland zu vollziehen. Eine afghanische Kommission kam nach Moskau, wurde dort mit großem Pomp empfangen, wobei Afghanistan als „der einzige Verbündete" Sowjetrußlands und England als der „gemeinsame Feind" bezeichnet wurde.

Die Bolschewisten suchen Afghanistan und auch die anderen asiatischen Länder gegen England mobil zu machen. So wandte sich der Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, wie berichtet wurde, anläßlich des Abschlusses des neuen englisch-persischen Vertrages mit einem Aufruf an das persische Volk, in welchem er die Hoffnung ausdrückt, daß bald die Zeit komme, in welcher Persien vom Joch des englischen Kapitalismus befreit werde. In Moskau ist ein Institut errichtet worden, in welchem Kurse über Propaganda in Asien gehalten werden. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß 400 Hindus schon diese Kurse absolviert haben und daß sie nach Indien geschickt wurden, wahrscheinlich auch mit genügendem Geld versehen, um dort den Bolschewismus zu predigen und die englische Herrschaft niederzuwerfen. Die bolschewistischen Führer, die jetzt wohl schon eingesehen haben, daß ihre Hoffnung auf eine baldige soziale Revolution in Europa sich nicht erfüllen wird, versuchen nun, Hunderte von Millionen von Hindus, Chinesen und anderen asiatischen Völkern in Bewegung zu setzen, um dadurch England einen tödlichen Schlag zu versetzen.

Wie sich die asiatischen Völker zu dieser Propaganda stellen, zeigt am besten ein Interview mit einem Hindu, Professor Baranatulla, welcher im Sommer dieses Jahres an der Spitze einer afghanischen Mission nach Moskau gekommen war. Er erklärte in der Moskauer „Iswestija" vom 6. Mai folgendes: „Ich bin weder Kommunist noch Sozialist, aber mein politisches Programm erstrebt die Verjagung der Briten aus Asien. Ich bin ein unversöhnlicher Feind der Kapitalisierung Asiens durch Europa, deren hauptsächliche Vertreter die Briten sind. Darin nähere ich mich den Kommunisten, und in dieser Hinsicht sind wir natürliche Genossen."

Wosnessensky, auch ein früherer Beamter des russischen Ministeriums des Auswärtigen, der jetzt der Leiter der östlichen Abteilung des Volkskommissariats für Auswärtiges ist, erklärte, daß dieser Baranatulla ein Freund des neuen Emirs von Afghanistan ist. „Afghanistan", sagte Wosnessensky, „ist von ungeheurer Bedeutung für unsere Propaganda in Asien." Es ist klar, daß die Bedeutung Afghanistans für die Bolschewisten vor allem darin liegt, daß von dort aus eine energische Agitation nach Indien getragen werden kann.

Der Vormarsch der Roten Armee gegen Koltschak.

Eigene Drahtmeldung.

S. **Haag**, 16. Dezember.

Aus Moskau eingetroffene Nachrichten besagen, daß die Roten Truppen den Bahnhof Duplenskaja, 70 Werst von Nowo-Nikolajewsk, besetzt und zahlreiche Gefangene gemacht hätten. Auch viel Kriegsmaterial, darunter neun Kanonen, und mehrere Lokomotiven seien von ihnen erbeutet worden. Die Verfolgung des weichenden Feindes werde fortgesetzt.

Diese Meldung zeigt, daß der Rückzug der Truppen Koltschaks noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Nowo-Nikolajewsk, eine in den letzten Jahrzehnten sehr gewachsene Stadt im Gouvernement Tomsk, liegt am Fluß Ob und zwar am Kreuzungspunkt mit der Eisenbahnlinie Omsk—Krasnojarsk. Die Roten Truppen haben also schon einen ziemlich weiten Vorstoß nach Osten von Omsk gemacht.

Durch diese ernste Lage, in welche Koltschaks Truppen jetzt geraten sind, erklären sich wohl die Gerüchte, nach denen Koltschak Japan beträchtliche Konzessionen in Ostsibirien zu machen bereit sei, um sich die Hilfe Japans gegen die Bolschewisten zu sichern, und gewinnen dadurch an Wahrscheinlichkeit.

* * *

Im Einverständnis mit Admiral Koltschak wurde von Sobonow, der sich als Vertreter der allrussischen Regierung in Paris aufhält, Behr zum Vertreter dieser Regierung in Finnland ernannt. Diese Ernennung ist vor allem dadurch bemerkenswert, daß durch sie bewiesen wird, daß die Koltschak-Denikinsche Regierung die Unabhängigkeit Finnlands tatsächlich anerkannt hat.

Die Rheinlandfrage.

Von

Dr. Paul Wentzcke-Düsseldorf.

Dieser Tage brachten wir einen Artikel desselben Verfassers, in dem er auf die Lebensbedingungen der Rheinlandfrage von historischen Gesichtspunkten ausging. Der vorliegende Artikel setzt diese Betrachtungen fort:

Wie Preußen trotz dieser Schwierigkeiten der Wächter der deutschen Westmark wurde und in dieser Pflicht das eigene sowie das ganze deutsche Volk zur Uebernahme neuer Verpflichtungen stählte, ist bekannt. Wichtiger noch für die innerpolitische Ausgestaltung des deutschen Lebens aber war, daß diese schwächliche Staatenbildung in erster Reihe wieder die Lebensbedingungen zu neuem Zwiespalt, nicht nur in der europäischen Staatenwelt, sondern auch innerhalb der unfertigen Provinzen selbst gab, die nun der preußische Staat selbst in seine starke Zucht nahm. Zuerst erschien nur die alte ständische Bewegung auf dem Platze, die gleichsam den Kampf der Reichsstände um ihre „Libertät" im kleineren Rahmen, in der Abwehr gegen den modernen nivellierenden Staatsgedanken, fortsetzte. Unterstützt von der konservativen Berliner Regierung, erlangte die rheinische Ritterschaft eine gewisse „Autonomie" in Gesetz und Recht, die durch die gleichzeitigen Beratungen des neuen rheinischen Provinziallandtages erhöhte politische Bedeutung erhielt. Schutz der rheinischen Eigenart, insbesondere des rheinischen Rechts, so gab die kleine, aber mächtige Gruppe Schlagworte und Losung aus, die bereitwillig nun auch von den größeren Parteien übernommen wurden, die unmittelbar aus der großen demokratischen Bewegung erwuchsen, die unter dem Eindruck der Ideen von 1789 die hohen Gedanken von Weltbürgertum und Nationalstaat zugleich verwirklichen wollten.

Der rheinische Liberalismus steht dabei an Macht und Bedeutung zweifellos an erster Stelle. Auch ihn treibt zunächst wirtschaftliche und politische Interessengemeinschaft zur engsten Verbindung mit Belgien und dem Oberrhein. Nach der Trennung der katholischen Niederlande von Holland erhofften seine Führer wohl gar ein enges Zollbündnis mit dem neuen Staat. Ein „eiserner Rhein", die neue Eisenbahnverbindung zwischen Köln, Aachen und Antwerpen, sollte die Rheinsperre durchbrechen und unschädlich machen, die die Oranier über die Rheinmündung gelegt hatten. Auf der anderen Seite traten die Hansemann, Camphausen und Mevissen gleichzeitig mit den Vorkämpfern des südwestdeutschen Konstitutionalismus in einigen Meinungsaustausch, der eine engere Verbindung zwischen Preußen und dem dritten Deutschland mit Ausschluß Oesterreichs zum Ziele hatte. Beide Gedankenreihen aber traten im rheinischen Liberalismus sehr bald zurück vor der größeren Lebensgemeinschaft mit dem preußischen Gesamtstaat, die sich seit der Begründung des preußischen Zoll- und Steuervereins schrittweise aus einer Vernunftehe zu inniger Neigung wandelte. 1848 schon war diese Entwicklung in der sich die Hüter der Ost- und Westgrenze, Rheinländer und Ostpreußen trafen, so weit vorgeschritten, daß gerade die rheinischen Liberalen den Angriff nicht mitmachen konnten, den damals die Konstitutionellen der Mittel- und Kleinstaaten gegen den preußischen Einheitsstaat entfesselten. Preußen, so hieß es ja in den entscheidungsschweren Märztagen, muß in Deutschland aufgehen, seine Staatspersönlichkeit opfern um Deutschlands willen. Der erste Träger dieser Lockungen aber war Max von Gagern, der in wechselvoller Entwicklung nicht nur die Abneigung der alten Reichsritterschaft gegen die begünstigteren Landesherren ererbt, sondern durch Umwelt und Lebensschicksale auch die Meinungen der südwestdeutschen Konstitutionellen und der rheinischen Ultramontanen bereitwillig aufgenommen hatte. Ließen die einen um der völligen Einheit des künftigen Reiches willen Sturm gegen Preußen als Gesamtstaat, so ließen sich diese nicht nur von der Abneigung gegen den protestantischen Staat, sondern vor allem auch von weltbürgerlichen konfessionellen Gedankenreihen leiten, die von außen her immer aufs neue das künstlich abgesonderte preußische Gebiet am Mittel- und Niederrhein befruchteten.

Wie in den vergangenen Jahrhunderten kamen die bedeutsamsten Antriebe vom Oberrhein, wo Straßburger Geistliche in Mainz einen Kreis geschaffen hatten, der in demokratischem Geiste eine Werbetätigkeit ganz neuer Art für Kirche und Glauben entwickelte. In Coblenz und Trier, in Köln und Düsseldorf aber traf die von hier aus verbreitete Erbauungsliteratur bereits mit einer gleichgestimmten Bewegung zusammen, die in scharfen politischen Forderungen dem belgischen Katholizismus die Hand reichte. Aufs neue legte sich ein eiserner Ring um das nach Süden und Norden offene Tal des Mittel- und Niederrheins. Neue Gedanken, die nicht anders wie der Druck der Bourbonen und ähnlich den Ideen von 1789 die Verbindung des rheinischen Vorwerks mit den Volksgenossen in Mittel- und Norddeutschland bedrohten, heischten Einlaß in die nunmehr preußische Provinz. Hatten sich die Lockungen Ludwigs XIV. an die Dynastien gewandt, riefen die Mainzer Klubisten den gebildeten Mittelstand auf, so trieben die neuen Gedanken auch die unteren Klassen der Bevölkerung zu politischer Betätigung, zum Schutz der konfessionellen Eigenart. Offen konnte vor allem der Plan einer engeren Verbindung Belgiens und der Rheinlande, einer rheinisch-belgischen Konföderation erwogen werden. „Daß es tatsächlich nicht zur Revolution kam", so urteilt ein neuerer katholischer Forscher über diese Bewegung, „kann die ultramontane Partei von dem Verdacht, sie erstrebt zu haben, allein noch nicht freisprechen."

Zugleich stieg über den provinziellen ständischen Sonderwünschen der Ritterschaft und den konfessionellen Forderungen des Klerus der größere politische Gegensatz zwischen Kleindeutschen und Großdeutschen auf. Während sich gerade 1840 zum ersten Male ein urwüchsiger nationaler Wille von bisher unerhörter Stärke den Angriffen des französischen Bürgerkönigtums auf die Rheingrenze entgegenstellte, bereiteten sich neue Konflikte vor, die dann in der ersten deutschen Volksrevolution von 1848 zum entscheidenden Austrag drängten.

Ueber diese Zeiten wird gesondert in einem späteren Artikel zu sprechen sein.

Das „Vermächtnis" des Generals Gérard.

Die auf die Losreißung der bayerischen Pfalz von Bayern und damit von Deutschland gerichteten Bestrebungen des französischen Generals Gérard haben mit seiner im Oktober erfolgten Abberufung ihr vorläufiges Ende erreicht. Jedes würde man sich einer verhängnisvollen Täuschung hingeben, wollte man annehmen, daß damit die Angelegenheit gänzlich erledigt sei. Gérard hat eine Art Vermächtnis für seine Nachfolger hinterlassen. In seinem Auftrage ist es von seinem politischen Stabschef, Kommandanten Paul Jacquet, verfaßt und unter dem Titel „General Gérard und die Pfalz („Le général Gerard et le Palatinat") im Verlage des „Neuen Journal" in Straßburg erschienen.

Wie verlautet, wird von reichstreuer Seite die Herausgabe der Schrift in deutscher Sprache vorbereitet. Dieser Schritt ist mit Genugtuung zu begrüßen, da dann auch weiteren Kreisen aus der französischen Darstellung bekannt werden wird, was es mit der „neutralen Haltung" des Generals Gérard in Wirklichkeit auf sich hatte. Kommandant Jacquet nimmt keinen Anstand, die „famose Neutralität" zu verspotten, die jegliche Initiative, jeglichen Willen lähme; er erklärt die Neutralität für unmöglich. Zu einem Vermächtnis an die Nachfolger des Generals Gérard wird die Schrift durch die Sätze gestempelt: „Wenn unsere rheinischen Administratoren noch die Möglichkeit haben sollen, eine aktive Rolle zu spielen, dann ist es notwendig, daß sie nach dem Beispiele des energischen und klar blickenden Führers, der vom 4. Dezember 1918 bis 12. Oktober 1919 an der Spitze der Armee stand, sich unseres Heeres bedienen, als des Rückgrates einer festen energischen, zielbewußten Politik."

Mit diesen Worten weist die Schrift in die Zukunft. Jacquet beschränkt sich nicht darauf, den von ihm herbeigesehnten Fortsetzern der Losreißungspolitik Gérards allgemeine Richtlinien zu geben. Er überliefert ihnen auch einige Namen, in deren Trägern Gérard und Jacquet die führenden deutschen Mitarbeiter an ihrem Werke schätzen. Darunter befinden sich der Bischof Sebastian von Speyer, sein Generalvikar Motz, der Abgeordnete Richter und die Rechtsanwälte Feibelmann und Goldberg in Landau, die Bürgermeister von Germersheim, Edenkoben, Wörth und Jockgrim, der Journalist Stengiin in Hamburg, der Schutzsoldat Ibbser in Zweibrücken usw. Wir müssen es den Genannten überlassen, sich mit der ihnen zuteil gewordenen „Ehrung" öffentlich abzufinden.

Aber unabhängig davon zwingen die Straßburger Enthüllungen abermals, mit aller Entschiedenheit gegen die Auffassungen und Absichten Verwahrung einzulegen, die in der Schrift des Kommandanten Jacquet zutage treten. Es handelt sich vor allem um eine entschlossene Zurückweisung von Anschlägen auf deutsches Gebiet mit deutscher Bevölkerung. Nicht zu übersehen ist daneben die vergiftende Wirkung solcher Treibereien auf die allgemeinen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, durch deren Gestaltung die ganze Zukunft unseres Weltteils und somit die Wohlfahrt aller Völker entscheidend beeinflußt werden wird.

Zwischenfälle in der italienischen Kammer.

Eigene Drahtmeldung.

tv. **Lugano**, 16. Dezember.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer trat zum ersten Male die neue Kompromißpolitik in die Erscheinung, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in nächster Zeit das Parlamentsleben Italiens beherrschen wird. Charakteristisch waren zwei Zwischenfälle, die sich bei der Erledigung von Zusatzanträgen ereigneten. Ein Antrag des sozialistischen Abgeordneten Reina befürwortete eine weitgehende Sozialisierung und besondere Kontrolle der Privatbetriebe durch den Staat und die Arbeiter. Dieser Antrag wurde durch das Zentrum unterstützt und dann mit Hilfe radikaler Republikaner, Reformsozialisten und Giolittianer angenommen. Die liberale Presse vermutet als Beweggrund für die Haltung des Zentrums den Wettbewerb mit den Sozialisten bei der Beeinflussung der Wählermassen. Nicht weniger bezeichnend war ein zweiter Zwischenfall, der von der Kammer dahin ausgelegt wurde, als wolle die katholische Volkspartei ihr konfessionelles Programm präsentieren. Das bewirkte den sofortigen Zusammenschluß aller übrigen Parteien des Hauses, so daß mit einer Mehrheit von vier Fünftel aller Stimmen der so aufgefaßte Antrag des Zentrums abgelehnt wurde.

Die italienische Presse befaßt sich lebhaft mit dem bedeutungsvollen Verlauf dieser Kammersitzung und vermag zum großen Teil die optimistische Auffassung der parlamentarischen Lage so, wie sie Nitti in seiner Rede schilderte, nicht zu teilen. „Tribuna" beklagt den Mangel an führenden Männern. „Epoca" sieht voraus, daß die Revolution in Italien sich ohne Gewalt werde durchführen lassen. Die liberale und demokratische Mailänder Presse widmet ihr besonderes Augenmerk der Haltung des Zentrums, das früher, als man vermutet hatte, seinen konfessionellen Charakter enthüllt. Sehr scharf äußert sich „Corriere della Sera", der ausführt, in Italien sei kein Platz für eine Partei, die in der demagogischen Taktik mit den Sozialisten wetteifere und in ihrem inneren Wesen konfessionelle Ziele verfolge. Sie scheine sich bewußt oder unbewußt in den Bahnen des deutschen Zentrums zu bewegen, wahrscheinlich um zum eigenen Schaden bald einzusehen, daß der in Deutschland blühende Baum in italienischer Erde verkümmern müsse. Die nationalistische Presse äußerst sich angesichts der Gesamtlage naturgemäß mit großem Pessimismus.

Die Räumung des Baltikums.

Der Rücktransport der Truppen, die früher im Baltikum weilten, geht geregelt weiter. Sämtliche deutschen Truppen sind auf deutschem Boden angelangt. Nur das Bataillon Roßbach weilt immer noch jenseits der Grenze, da es durch Kämpfe mit den nachdrängenden Litauern festgehalten wird. Mit seinem Eintreffen auf deutschem Boden wird heute gerechnet. In Rekowo von den Litauern gemachte deutsche Gefangene wurden nach Kampf befreit und erbeutetes Material zurückgewonnen. Die Gefangenen waren von den Litauern völlig ausgeplündert worden und sollten in das Innere Litauens gebracht werden.

In den nächsten vier Tagen dürften die letzten deutschen Truppen, auch die Eiserne Division, in die Durchgangslager abbefördert sein. Beide Teile des Detachements Brandis und 150 Offiziere, 100 Mann und 68 Pferde sind in Tilsit in Richtung Berlin verladen werden. Das Detachement Lüttgenhans ist nach Pillau abgegangen, um von dort zu Schiff nach Swinemünde weiterbefördert zu werden.

*

Zu den in Ostpreußen herrschenden Befürchtungen über ein mögliches Eindringen des Bolschewismus schreiben die „P. P. N." u. a.:

Gegen diese Möglichkeit kann nicht die bewaffnete Macht an der Grenze allein die Abwehr übernehmen, da erfahrungsgemäß das Sprungfeuer solcher Bewegungen nicht durch eine starre Waffenwand aufgehalten werden kann. Hier handelt es sich vielmehr darum, sowohl dem Eindringen an der Grenze eine Schranke zu setzen, als auch jedes Aufflackern bolschewistischer Bewegungen im Innern des Landes rücksichtslos zu unterdrücken. Denn über allem stehen jetzt Ruhe und Ordnung im Innern, die zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes unerläßlich sind. Die leitenden Stellen haben keineswegs die Augen gegen die von Osten drohenden Gefahren verschlossen. Eben darum erscheint es angezeigt, vor übertriebenen Befürchtungen in dieser Richtung zu warnen. Reichswehrtruppen stehen in genügender Zahl zum Schutze Ostpreußens an der Grenze bezw. im Innern des Landes bereit. Dem in weiten Volkskreisen immer wieder auflebenden Wunsche, die jetzigen Baltikumkämpfer zum Schutze der Grenze in Ostpreußen zu lassen, muß folgendes entgegengehalten werden:

Der Entente ist die schon vor langem auf Grund militärischer Erwägungen beschlossene Zurückführung und Auflösung der Baltikumtruppen im Innern Deutschlands mitgeteilt worden, hieran muß festgehalten werden, wenn Deutschland nicht illoyal erscheinen will. — Das Verhalten der Baltikumtruppen gegenüber der Regierung im vergangenen Sommer, welches mit dem Aufkündigen des Gehorsams endete, läßt sich nicht in Einklang bringen mit den Anschauungen von Disziplin, die in jedem Heere — besonders aber in einer so jungen und ungefestigten Schöpfung, wie es die deutsche Söldnertruppe ist — hochgehalten werden müssen. Es ist Pflicht der maßgebenden militärischen Stellen, dieser Tatsache in zwar wohlwollender und den eigenartigen Verhältnissen Rechnung tragender Form, aber doch durchaus zielbewußt Rechnung zu tragen.

Für die Verhinderung eines Ueberspringens des bolschewistischen Funkens auf unser Vaterland und zur Verhinderung der Ausbreitung des Bolschewismus im Innern des Landes muß die Regierung neben ihren Maßnahmen auch ganz besonders auf die tatkräftige Unterstützung aller ordnungsliebenden Teile der Bevölkerung rechnen.

Die Regierung Denikins.

Nach dem in Lausanne erscheinenden „Bulletin Russe" ist der Vorsitz im Kabinett Denikins, den bisher General Dragomirow innehatte, nunmehr, nachdem Dragomirow zum Gouverneur von Kiew ernannt wurde, an General Loukomsky übergegangen. Die einzelnen Ressorts sind folgendermaßen verteilt: Auswärtiges: der frühere Minister Sasonow, und in seiner Abwesenheit (Sasonow hält sich in Paris auf), sein früherer Gehilfe Neratow; Finanzen: Professor Bernadsky (früher Professor am Polytechnischen Institut in Petersburg, seiner Parteirichtung nach der Kadettenpartei nahestehend); Inneres: Senator Rossovitch; Justiz: Senator Tschelichtschew; Reichskontrolleur: Stepanow (früheres Dumamitglied der Kadettenpartei); Volksernährung: Maslow (Mitglied der Partei der rechten Sozialrevolutionäre); Kultus: Fürst Troubetskoi (es dürfte sich hierbei um den bekannten Professor der Moskauer Universität und Schriftsteller Eugen Troubetskoi handeln, der seiner politischen Richtung nach der Kadettenpartei sehr nahesteht); Propagandaministerium: Sokolow (früher Dozent an Petersburger Hochschulen, ständiger Mitarbeiter des Kadettenblattes „Rjetsch"); Minister ohne Portefeuille: Astrow, ein bekannter Kadettenführer in Moskau.

Der Plan des englischen Dreibundes.

Eigene Drahtmeldung.

St. Haag, 15. Dezember.

„National News" teilen mit, daß im Februar ein großer Arbeiterkonflikt in England erwartet wird. Der Dreibund beabsichtigt, dem Blatt zufolge, von der Regierung zu verlangen, daß sie sofort die Nationalisierung der Kohlengruben in Angriff nehme. Wenn die Regierung diese Forderung nicht bewillige, so würden nicht nur die Grubenarbeiter, sondern auch die Eisenbahn- und Transportarbeiter die Arbeit niederlegen.

Das Blatt fügt hinzu, daß die Grubenarbeiter durch die verfehlten Versuche der Regierung, eine bestimmte Politik in Sachen des Kohlenpreises und anderer wichtiger, die Steinkohlenindustrie berührender Fragen zu führen, entmutigt sind und beschlossen hätten, während der nächsten sechs Wochen einen Feldzug zu führen und alles zu versuchen, um die Regierung und die Nation für den Gedanken der Nationalisierung zu gewinnen. Zu diesem Zwecke hätten sie im ganzen Lande Säle gemietet, Versammlungen angekündigt und ein Heer von Rednern aufgeboten, während sie das ganze Land ausgiebig mit Extrablättern und andern Werbemitteln bearbeiteten. Wenn dieser Feldzug seinen Zweck verfehlen sollte, werde auf einem Kongreß der Fachverbände, der im Februar abgehalten werden wird, vorgeschlagen werden, den Generalstreik zu verkünden. Dieser Vorschlag werde auch von anderen Mitgliedern des Dreiverbandes unterstützt.

Paßzwang für Belgier?

Brüssel, 15. Dezember. Nach Blättermeldungen soll die Erlaubnis, die den Belgiern gegeben wurde, sich frei im besetzten Deutschland zu bewegen, zu so großen Unzuträglichkeiten geführt haben, daß die Frage erwogen wird, vom 1. Januar wieder den Paß obligatorisch zu machen, hauptsächlich, um den unerlaubten Handel zu unterbinden.

Die Verstaatlichung der Privatregale.

Ein Gesetzentwurf zur Sicherung der Ueberführung der Privatregale auf den Staat ist der Preußischen Landesversammlung zugegangen. Der einzige Paragraph bestimmt, daß erst nach dem 1. Dezember 1919 über Privatregale oder einzelne Regalrechte abgeschlossene Verträge bei Ueberführung der Regale nicht berücksichtigt werden.

Wie der Handelsminister jüngst im Ausschuß für Handel und Gewerbe der Landesversammlung mitgeteilt hat, beabsichtigt die preußische Regierung, in einigen Monaten der Landesversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der in Ausführung des Artikels 155 der Reichsverfassung die Ueberführung der Privatregale auf den Staat bezweckt. Bei dem gesetzgeberischen Vorgehen wird unterschieden werden zwischen den publizistischen Regalrechten der Standesherren und den auf besonderen Titeln beruhenden sonstigen Privatregalen. Zuerst in Angriff genommen werden soll die Ueberführung der Regalrechte der Standesherren, und zwar soll im Wege der Verhandlung zunächst eine gütliche Vereinbarung mit ihnen versucht werden. Um aber dafür Sorge zu tragen, daß die Durchführung der oben bezeichneten Verfassungsbestimmung nicht auf rechtsgeschäftlichem Wege, z. B. durch Ablösung der Regalabgaben, vereitelt oder erschwert wird, wird in der jetzt der Landesversammlung zugegangenen Gesetzesvorlage festgelegt, daß bei Ueberführung der Regale an den Staat von dem Rechtszustand auszugehen ist, der am 1. Dezember 1919 bestanden hat. Dieser Tag, an dem die verfassunggebende Preußische Landesversammlung über einen dringenden, die alsbaldige anderweitige Verwendung der Regalabgaben betreffenden Antrag verhandelt hat, erscheint als der durch die Verhältnisse gegebene Stichtag.

Das Sperrgesetz bezieht sich auf alle Privatregale. Um unbillige Härten zu vermeiden, enthält es noch die Bestimmung, daß nach dem Dezember 1919 geschlossene Verträge berücksichtigt werden können, wenn sie auf einem Angebot beruhen, das schon vor jenem Zeitpunkt gemacht ist.

Argentinische Einwanderungs-Siedlungen.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

Kl. **Buenos Aires**, im November.

Die „Nación" nächst der „Prensa" das bedeutendste und verbreitetste Blatt Argentiniens, beschäftigte sich zurzeit eingehend mit der Ansiedlung von fünfzig deutschen Einwandererfamilien im Yerbakulturgebiet des Territoriums Misiones. Die Zeitung, die während des Krieges eine konsequent deutschfeindliche Haltung einnahm und nicht mit Unrecht als Sprachrohr des bisherigen britischen Gesandten des vor kurzem zum Oberkommissar für Danzig ernannten Sir Reginald Tower galt, entdeckt auf einmal warme Sympathien für Deutschland und gibt offen ihrer Freude darüber Ausdruck, daß unternehmungslustige, strebsame und vor allem mit kleinen Kapitalien ausgerüstete Elemente ins Land kommen; ja sie geht noch weiter und beklagt mit beinahe rührender Anteilnahme die Tatsache, daß man diese Leute ausgerechnet auf dem Fiskalland in genanntem Gebiet ansiedle, wovon man schon des Klimas wegen hätte Abstand nehmen sollen. Dazu komme, daß die meisten dieser Einwanderer ehemals freien Berufen nachgingen oder doch in wesentlich anderer Umgebung beschäftigt gewesen seien, so daß sie schwerlich bei dem mühseligen, mit einem entbehrungsreichen Dasein verknüpften Yerbaanbau auf einen grünen Zweig kommen würden. Es sei also zu befürchten, daß sie ihre geringen Ersparnisse für nichts und wieder nichts einbüßten und dann mittellos der Not und dem Elend preisgegeben sein würden.

Während also dieses Kolonisationsunternehmen der „Nación" Kopfschmerzen zu bereiten scheint, ist sie auf der anderen Seite sehr damit einverstanden, daß sich vierhundert andere deutsche Familien um Staatsländereien in den Territorien Chubut, Neuquen und Santa Cruz bemühen, und erklärt: „Die Bestimmung, die man dieser Kolonne von Einwanderern zu geben gedenkt, steht mehr im Einklang mit den Fähigkeiten, dem Charakter und den Mitteln der Gesuchsteller, wie auch das Klima in der von ihnen gewählten Gegend bei weitem geeigneter ist." Das Blatt meint dann, das Einwanderungsamt und noch mehr die einschlägigen deutschen Institute sollten zu verhindern trachten, daß die zumeist mit recht irrtümlichen Ansichten über Argentinien ins Land kommenden Deutschen nicht auf Unternehmungen verfallen, bei denen ein Mißerfolg zu gewärtigen sei. „Solche Fehlschläge sind in unserem Land nicht neu", fährt das Organ des alten Generals Mitre fort: „Schon manchesmal sind infolge mangelhafter Direktiven und dank gewissenloser Spekulation an ungeeigneten Punkten Kolonien angelegt worden, die mit einem Fiasko enden mußten. Solche Vorgänge fanden dann natürlich im Ausland ihren Widerhall und schädigten den Ruf Argentiniens als Siedlungsgebiet".

Am Schluß ihres Aufsatzes hält sich die „Nación" für berufen, der von ihr bekämpften Regierung des Dr. Irigoyen den Rat zu erteilen, dafür Sorge zu tragen, daß die deutschen Einwanderer über das ganze Gebiet der Republik verteilt werden damit es sie — als Kulturdünger — aufsauge und die „Bildung eines exotischen Kollektivmilieus mit mehr oder weniger tatsächlicher Exterritorialität verhindert werde". Diese Stelle bedeutet einen Rückfall in die durch Sir Reginald Tower dem Blatt anerzogene Abscheu vor dem „militaristischen" Geiste der Deutschen. Was indessen die übrigen Ausführungen anbelangt, so enthalten sie Richtiges und Falsches nebeneinander. Es ist zweifellos wahr, daß das subtropische Klima der Missionen dem Nordeuropäer zunächst lästig ist; es gilt aber als durchaus gesund und weist vor allem einen Humusboden von ausgezeichneter Beschaffenheit auf. Zudem ist es ja keineswegs notwendig, daß die Siedler sich dort ausschließlich dem — allerding anfangs sehr beschwerlichen, aber später um so ertragreicheren — Yerbaanbau widmen müssen. Sie können daneben ganz gut andere Kulturen, vor allem von Baumwolle, anlegen. In Paraguay, dessen Klima mit dem der Missionen durchaus identisch ist, haben sich ja auch schon viele Deutsche niedergelassen und ganz gut akklimatisiert.

Fast scheint es, als gönne die „Nación" den deutschen Einwanderern das an natürlichen Wasserstraßen gelegene und als Baumwollzone zukunftsreiche Fiskalland der Missionen nicht; und wenn sie auch mit dem Hinweis Recht hat, daß das kalte Patagonien sich für die nordische Rasse mehr eignet, so muß sie doch andererseits wissen, daß dort in den für die Einwanderung in Betracht kommenden Fiskalgebieten so gut wie gar keine Abtransportmöglichkeiten nach den Konsumzentren vorhanden sind und daß andererseits die nicht selten mehrere Jahre vergeblich auf einen Niederschlag harrenden Territorien Chubut und Santa Cruz jedenfalls an Unwirtlichkeit die Missionen noch übertreffen, wenn es auch dort keinen Urwald gibt.

Weihnachtsbilder alter deutscher Meister.

Von

Elisabeth von Orth.

Es sind nicht die tiefsten Gedanken deutscher Kunst, die im Weihnachtsbilde verkörpert werden. Das Tiefste und Letzte, was der Deutsche zu sagen hatte, hat er im Passionsbilde ausgesprochen. In der Darstellung des Leidens Christi liegt der Schwerpunkt der deutschen Kunst.

Und doch redet auch das deutsche Weihnachtsbild seine eigene Sprache. Der Gang zum Phantasievollen, Märchenhaften — eine spezifisch deutsche Eigenschaft — gelangt hier in selten reiner Form zum Ausdruck und prägt eine reiche Fülle von Darstellungsmöglichkeiten aus.

Wir empfinden heute wieder die Poesie, die von dem schlichten und doch so zart empfundenen Weihnachtsbilde des Meisters Francke ausgeht. Eine nächtliche Waldlandschaft. Die Madonna kniet mit betend erhobenen Händen vor dem nackt am Boden liegenden Kind, von dem ein Strahlenglanz ausgeht. Wie zum Schutze halten kleine, im Halbkreis um die Maria kniende Englein den Madonnenmantel ausgebreitet. Rechts von der Gruppe, etwas tiefer in das Bild hineingerückt, fressen zwei am Boden lagernde Ochsen aus einer Krippe. Sie wirken wie eine ferne Erinnerung an die alte Ueberlieferung der Stallgeburt. Ueber dem Wald steigt ein Sternenhimmel empor, und aus einer Wolke schaut Gott Vater mit segnend erhobenen Händen auf das Kind herab. Strahlen gehen von ihm aus, hernieder zum Kinde, und ein heller Strahlenkranz schmückt auch das Haupt der lieblichen, kindergleichen Jungfrau. Das Bild hat in der Art und Weise, wie der Meister ohne viele Vorreden die Dinge selber sprechen läßt, etwas vom deutschen Volkslied an sich. Vergleicht man es mit dem ungleich berühmteren des Filippino, der in seiner das Christkind anbetenden Madonna im Walde eine ganz ähnliche Szenerie geschaffen hat, so ist man erstaunt, wie gut das schlichte Bildchen des deutschen Künstlers neben dem sehr viel reiferen seines italienischen Zeitgenossen besteht.

Eigenartig hat Altdorfer die Geburt Christi gestaltet. Er baut sich inmitten einer Graslandschaft aus Holz und Steinen eine phantastische Stallruine auf. In dieser von Gräsern bewachsenen, menschenverlassenen Stätte kniet Maria vor dem Kinde, das kleine Engel ihr auf einem Tuch entgegenhalten. Dieses Mal ist Joseph der Gruppe beigesellt und findet seinen Platz hinter der Maria. Altdorfer nimmt sein Thema nicht so ernst wie Francke; und von einem tieferen Empfinden kann schon deshalb gar keine Rede sein, weil die Figuren in allzu kleinem, beinahe staffagenartigen Maßstab gegeben sind. Allein es wird trotzdem nicht leicht ein zweites Bild zu nennen sein, auf welchem das Unwirkliche des Vorgangs besser zur Geltung käme, wie in dieser weltverlassenen Ruine, auf die der phantastisch gestaltete Weihnachtsstern eine Flut von Licht herniedersendet, die alles in einen märchenhaften Glanz hüllt.

Was Altdorfer mit geringen Mitteln und in einer leichten, plaudernden Weise andeutet, erhebt Grünewald in der Christusgeburt des Isenheimer Altars ins Bedeutsame. Es ist etwas Weiches, Liebliches, Märchenhaftes in seinem Bilde, aber es ist doch auch wieder mehr als das. Schon die Maße der Hauptfiguren — Maria und Kind sind nahezu lebensgroß — zeugen trotz alles realistischen Beiwerks davon, daß es sich nicht nur um ein Idyll von Mutter und Kind handelt. Allein wie die Maria zum Mittelpunkt des ganzen Bildes wird, wie das Engelkonzert in jenem wundersamen gotischen Phantasiebau, der doch die ganze linke Bildhälfte ausfüllt, nur dazu dient, die Gruppe von Mutter und Kind zu steigern und zu beleben, und schließlich in seiner farbigen Erscheinung ein Widerspiel zu jener Farbensymphonie zu geben, die vom Himmel herab wie ein Wunderregen Maria überströmt — das ist es, was das Bild zu einem einzigartigen Werk gestaltet.

Es ist bekannt, daß eine umständliche Symbolik der ganzen Schöpfung zugrunde liegt, und daß man sich noch heute über die sachgemäße Deutung einzelner Bildstücke nicht recht klar ist. Allein eben darin zeigt sich Grünewalds Meisterschaft, daß es ihm nicht nur gelungen ist, alle symbolischen Einzelzüge seinem Auftraggeber zu Liebe in sein Bild hineinzuarbeiten, sondern daß er den Gesamteindruck so rein von allem Beiwerk zu lösen gewußt hat, daß der naive Beschauer gar nicht empfindet, mit wie viel scholastischen Ornamenten die Darstellung beladen ist.

Geht man von Grünewald zu Dürer fort, so erzeugt sich zunächst eine Art von Enttäuschung. Denn der so viel gerühmte Paumgärtnersche Altar mit dem Mittelstück der Geburt Christi mutet uns nach der Wärme des Grünewaldschen Bildes eigentümlich frostig an. Die Darstellung ist klar, aber etwas nüchtern, und das Verhältnis der Mutter zum Kinde ist nicht recht lebendig entwickelt. Ebenso läßt auch der bekannte Kupferstich von 1504, „Weihnachten" betitelt, trotz seiner formalen Feinheiten im Hinblick auf das Thema manches zu wünschen übrig. In der Geburt Christi aus dem Marienleben mag Dürer selbst empfunden haben, daß er frostig wirkte, wo er nur feierlich sein wollte.

Den treffendsten Ton hat Dürer, wie es ihm öfter ergangen ist, gefunden, wenn er volkstümlich wirken wollte. Ich denke an die Anbetung aus der kleinen Holzschnittpassion. Nichts von der liebevollen Detailmalerei des Weihnachtskupferstiches. Die Szenerie ist nur angedeutet. Ein Stück Hüttendach, Mauerreste, ein paar Bäume und — als Symbol des Wunders — groß und strahlend der Weihnachtsstern. Man merkt, es kam Dürer hier nicht auf die Schilderung der Oertlichkeit an. Das Schwergewicht ruht auf den Figuren — der Maria, den Hirten und dem Joseph — die, trotz des kleinen Formats deutlich und klar in allen Einzelheiten gegeben sind. Eine eigentümlich weihevolle Stimmung beherrscht das Blatt. Die Gesten sind sehr schlicht und vielleicht eben deshalb so eindrucksvoll. In der Mitte ruht das Kind in einem Körbchen, über das sich ein kleiner Engel beugt. Links vom Kind kniet Maria und neigt sich stumm zu ihm herunter. Hinter ihr steht Joseph und hält eine Laterne, um anzudeuten, daß es Nacht ist. Auch er ist ganz in sich gekehrt und gesammelt. Rechts vom Kind knien zwei Hirten. Sie schauen unverwandt auf das Kind. Es ist nichts, was die Andacht unterbricht. Und so ist das Blatt trotz mancher technischer Unvollkommenheiten den anderen Weihnachtsdarstellungen von Dürer an innerem Gehalt und an Geschlossenheit der seelischen Stimmung ganz merkwürdig überlegen.

Ungedruckte Briefe von E. M. Arndt, dessen 150. Geburtstag am 26. Dezember gefeiert wird, veröffentlicht die „Deutsche Revue" (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart). Die Schreiben stammen aus den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts und zeigen den großen Vorkämpfer der deutschen Freiheit in schweren Sorgen um die deutschen Verhältnisse, aber in froher Hoffnung für Deutschlands Zukunft. Seine Worte klingen prophetisch bis in unsere Zeit, wenn er am „14. Wintermonde 1843" schreibt: „Meine Hoffnungen für die Deutsche Zukunft und die Preußische Zukunft bei allen Mißgriffen und Krebsgängen oder gar Fuchssprüngen, die man hin und wieder macht, sind die größten, und ich kann mich also mit fröhlichem Mut zu meinen Vätern schlafen legen. Ueberhaupt die unendliche Kraft, welche in dem germanischen Stamme liegt, wer mißt sie aus? Ein wirklich großer Mann, der die Deutschen einmal recht zu gebrauchen versteht — und Wunder werden unsere Kinder und Enkel sehen." Und ein ander Mal schreibt er: „Es tut allerdings not, alle Ahnen und Nafter, die jetzt wieder träumen und schlafen, wo nicht noch Schlimmeres wollen, der hohen Vergangenheit zu erinnern und auch der Gefahren, die unter noch warten bei dem losen und nirgends ordentlich gebundenen noch verbundenen Zustand Europas."

Ein merkwürdiger Kampf gegen deutsche Waren läßt sich in einem Teil der ausländischen, besonders der holländischen Presse beobachten. Seit einiger Zeit tauchen in ihr kleine Notizen auf, in denen in humoristischer Form darauf hingewiesen wird, wie schlecht die Qualität der derzeitigen deutschen Waren sei. Da wird erzählt von einem Kachelofen, den sich ein biederer Grenzbewohner zwecks Ausnutzung der deutschen Valuta erworben habe und der, nachdem er zum erstenmal in Brand gesetzt wurde, selbst in Brand geriet, wobei sich herausstellte, daß die Kacheln nicht aus Ton, sondern aus — Papier verfertigt waren. In einer anderen Notiz, die die ganze holländische und wahrscheinlich auch die andere neutrale Presse durchlief, erfährt der belustigte Leser ähnliches von einem Waschkessel deutschen Ursprungs, dessen Boden ebenfalls aus — Papier bestand. Wäsche und Waschkessel seien ebenfalls ein Raub der Flammen geworden. Man kann den Neutralen den Spaß an solchen Scherzen gönnen, die deutschen Waren werden schon selbst beweisen, daß sie weniger von Pappe sind als die papierne Kampagne.

Diebstahl-Epidemie — auch in Frankreich. Wenn es ein Trost ist — und es ist einer —, daß es anderen Leuten auch nicht besser geht, so können wir uns damit trösten, daß in dem siegreichen Frankreich auch nicht weniger gestohlen wird als in dem geschlagenen Deutschland. Es ist eben eine allgemeine Folge des Krieges, in dem das Klauen und „Kaufen" zu einer Art soldatischer Tugend ausgebildet war. Die französischen Blätter klagen, daß noch niemals so viel in Frankreich gestohlen worden sei wie gegenwärtig. Die Epidemie ist so ernsthaft, daß die Versicherungsgesellschaften, deren Polizen Verluste bei Transport und Diebstahl umfassen, ihre Prämien verdreifacht haben. Gesellschaften, die die Postpakete versicherten und dabei ihre Prämien um das Dreifache erhöhten, haben so schlechte Geschäfte gemacht, daß sie diese Form der Versicherung überhaupt aufgegeben haben, denn die Zahl der Diebstähle wird immer größer. Die Diebe stehlen, genau wie bei uns, alles, nicht nur Pakete und Ballen, sondern ganze Automobile und plombierte Waggons, die Nahrungsmittel und Kleider enthalten.

Der Kunsthandel im Elsaß. Im neuesten Heft des „Kunstwanderer" lesen wir: Eigenartige Zustände auf dem losen Sammlermarkte hat die Austreibung so vieler Altdeutscher und deutsch gesinnter Altelsässer aus Elsaß-Lothringen erzeugt. Da sie alle nur einen sehr beschränkten Teil ihrer Habe mitnehmen durften, so mußten sie das übrige verschleudern, und das hat zur Folge gehabt, daß für die typischen elsässischen und lothringischen Altertümer, Kupferstichansichten usw. zurzeit gar keine Preise zu erzielen sind. Der Markt ist vollkommen überfüllt. Am sichtbarsten ist dies bei alten Büchern der Fall. Ein Händler in der großen Spitzengasse in Straßburg hat mitgeteilt, daß er Bibliotheken nur noch im ganzen, für einen Sou den Band, ankaufe. Ein bekanntes Spezialhaus für Alsatica aber macht gar bekannt, daß es Alsatica wegen Ueberfüllung seines Lagers nicht mehr ankaufe. Die Franzosen haben als Käufer die auf sie gesetzten Hoffnungen der reichsländischen Geschäftsleute nicht erfüllt. Für ernsthafte und teurere Gegenstände zeigen sie ganz im Gegensatze zu den früher so gern geschmähten Altdeutschen, die sich mit einer oft rührenden Beflissenheit ihrem Wahlvaterlande zu akklimatisieren trachteten, gar keine Neigung. Nur billige Dutzendware, Erzeugnisse der Souvenirindustrie, findet bei ihnen, so wird übereinstimmend von elsässischen Geschäftsleuten geklagt, einigen Absatz.

Eine Fachgruppe der deutschen Rechtsstudierenden. Die Rechtsstudierenden Deutschlands haben sich zu einer „Fachgruppe der deutschen Rechtsstudierenden" zusammengeschlossen, die ihre Interessen in jeder Beziehung wahrnehmen soll. Ihre Hauptaufgabe ist die Mitarbeit an der Reform des juristischen Studiums. Die Vorstandsgeschäfte führt vorläufig der Fachausschuß der juristischen Fakultät der Universität Jena.

Ehrendoktoren. Geheimrat Prof. Dr. Kurt von Rümker, Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Pflanzenproduktionslehre an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, und der bekannte land- und milchwirtschaftliche Schriftsteller Professor Dr. phil. h. c. Benno Martiny in Berlin-Lichterfelde wurden in Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Verdienste auf dem Gebiete der Landwirtschaft von der Hochschule für Bodenkultur in Wien zu Ehrendoktoren ernannt.

Professur für Geschichte der antiken Medizin und Naturwissenschaften. Der Gymnasialoberlehrer a. D. Professor Dr. phil. Max Wellmann in Potsdam ist zum ordentlichen Honorarprofessor an der Berliner Universität mit dem Lehrauftrage für Geschichte der antiken Medizin und Naturwissenschaften ernannt worden. Prof. Wellmann ist 1863 zu Stettin geboren. 1910 erhielt er von der Berliner Akademie die Leibnizmedaille. Der Gelehrte veröffentlichte zahlreiche Arbeiten und Schriften aus der Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften.

Reimar Hobbing.

Aus Anlaß des allzufrühen Heimgangs Reimar Hobbings, dessen sterbliche Hülle am Donnerstag um 11 Uhr auf dem Luisenstädtischen Kirchhof an der Bergmannstraße der Erde übergeben wird, sind unserem Verlag eine große Zahl von telegraphischen Beileidskundgebungen zugegangen, von denen wir die nachstehenden wiedergeben:

Das Beileidstelegramm der Reichsregierung lautet:

An dem schweren Verlust, den Sie durch das Hinscheiden des Herrn Reimar Hobbing erlitten haben, nimmt die Presseabteilung der Reichsregierung aufrichtigen Anteil. Die Verdienste des Verstorbenen um die politische Publizistik Deutschlands sichern diesem hervorragenden Manne einen ehrenvollen Platz in der Geschichte des deutschen Geisteslebens.

Rauscher, Ministerialdirektor.

*

Zum Ableben Ihres von mir besonders geschätzten Verlegers bitte ich Sie, die Versicherung meiner herzlichsten Anteilnahme entgegenzunehmen.

Georg Bernhard.

*

Zum Tode Ihres verehrten Chefs, in dem wir ein hochgeachtetes Mitglied unserer Korporation verlieren, sagen wir Ihnen unsere aufrichtigste Teilnahme.

Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger.
Das Präsidium.
Eugen Zimmermann. Dr. Carbe. Dr. Breithaupt.

*

Es ist uns ein lebhaftes Bedürfnis, Ihnen unsere herzlichste Teilnahme an dem schweren Verlust zum Ausdruck zu bringen, den das jähe Hinscheiden des Herrn Reimar Hobbing, Ihres hochverehrten Chefs, für Sie bedeutet. Aber dieser Verlust trifft ja nicht Sie allein. Männer von seiner Ideenfülle, von seinem Weitblick und von seiner Schaffenskraft sind leider ebenso selten, wie sie unserer Zeit nottun. Und es ist ein geradezu tragisches Schicksal, das dem deutschen Zeitungswesen, dem deutschen Verlagsbuchhandel und dem ganzen deutschen Volke eine führende Persönlichkeit von seiner Art gerade in dem Augenblick entreißt, in dem wir solcher Männer des Geistes und der Kraft aufs dringendste bedürfen, wenn der Glaube an uns selbst und unsere Zukunft nicht ins Wanken geraten soll. In diesem Sinne fühlen wir uns als Glieder der großen Gemeinde, die an dem frühen Grabe Reimar Hobbings trauert.

Mit dem wiederholten Ausdruck unserer innigsten Teilnahme in aufrichtiger Ergebenheit

Continental-Telegraphen-Compagnie.
Mantler. Dietz.

*

Nachrufe in der Presse.

Auch in einem Teil der deutschen Presse hat die Persönlichkeit des Verewigten eine Würdigung gefunden, aus der die Bedeutung Reimar Hobbings und die ihm allseitig zuteil gewordene hohe Wertschätzung sprechen.

So schreibt, wie uns gedrahtet wird, die „Frankfurter Zeitung“:

Wer Reimar Hobbing vor zwei Jahren, als er die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ übernahm, über seine Absichten sprechen hörte, mußte in ihm einen großen, aber naiven Mann vermuten. In Wahrheit war er, was ihm auch heute in den verschiedenen Parteilagern nachgerühmt wird, ein Mann von ganz ungewöhnlicher Energie, von stärkster optimistischer Unternehmungslust und tatsächlich ein Kaufmann von großen Ideen und einer fast alle Gebiete des Buchhandels umfassenden Schaffenskraft. Man staunt, wenn man jetzt zusammenfassend liest, wie dieser aus eigener Kraft emporgekommene und noch dazu durch ein schweres Gehörleiden behinderte Mann als Verleger in der kurzen Zeit von 16 Jahren alles erfolgreich geleitet hat. Es ist wirklich nicht zu viel gesagt, wenn jetzt hervorgehoben wird, daß das Hinscheiden eines so ideenreichen, mit dem starken Willen eines großen Unternehmers ausgestatteten Mannes einen Verlust für die Allgemeinheit bedeutet.

Die „Vossische Zeitung“ widmet dem Verstorbenen folgenden Nachruf:

Mit Reimar Hobbing ist eine der eigenartigsten, dabei sympathischsten Gestalten der deutschen Zeitungswelt dahingegangen. Ein Unternehmer, dem es gegeben war, aus dem Vollen zu schöpfen — aus einem reichen Vorrat an Ideen und an der Entschlossenheit und Kraft, diese Ideen in die Wirklichkeit zu übertragen. Den sehr reichen Vorrat an Gewandtheit und Anpassungsfähigkeit nicht zu vergessen, der seinen übrigen Fähigkeiten erst die Richtung und den Trieb zum Erfolg gab. Von Haus aus Buchhändler, mit einer achtbaren Bildung ausgestattet, die er sich zum größten Teil selbstlernend angeeignet, leistet er zunächst in seiner Vaterstadt Bremen dem Norddeutschen Lloyd erhebliche propagandistische Dienste, siedelt sich sodann mit kleinem Kapital in Berlin an und gibt hier eine Zeitlang die „Konservative Monatsschrift“ heraus. Kein Geschäft und doch gewinnbringend, denn Hobbing gewinnt durch seine Beziehungen zu konservativen Kreisen wertvolle Fühlung mit leitenden Männern, mit Staats- und Reichsämtern. Diese stetig enger sich gestaltende Fühlung wird der Eckpfeiler des stattlichen Gebäudes, das seit Jahren in der Zeitungswelt unter dem geachteten Namen Verlagsbuchhandlung und Zeitungsverlag Reimar Hobbing bekannt ist. Die enge Beziehung zu den Behörden hatte ihre Wurzeln im alten Regime, aber die Schößlinge sproßten auch in unserer republikanischen Zeit gedeihlich weiter — der Wechsel an Erdreich und Klima ließ die Verbindungen des Hauses Hobbing mit den Aemtern im Grunde genommen unberührt. Die Monopolstellung dieser Firma, die im März 1918 einen kleinen Sturm im Blätterwalde hervorrief, ist ihr anscheinend auch nach dem Szenenwechsel vom November 1918 verblieben. Von den beachtlichen verlegerischen Leistungen, die nach außen hin den Ruf Hobbings begründeten, sei heute nur auf die klassische Ausgabe der Werke Friedrichs des Großen und die „Deutsche Politik“ des Fürsten Bülow hingewiesen. Ende 1917 übernahm Hobbing die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, seit der Revolution zur „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erweitert und mit einem modernen weitverzweigten Nachrichtenapparat ausgestattet; der offiziöse Charakter des Blattes, die „Beziehungen“ sind geblieben.

Reimar Hobbing ist nur 44 Jahre alt geworden. An dem rastlos tätigen Manne nagte seit längerer Zeit eine tödliche Krankheit. Hobbing hat sich über die Natur dieser Krankheit und das Unausbleibliche ihres zerstörenden Ausgangs keiner Täuschung hingegeben. Trotzdem beschäftigte sich der tatkräftige Mann bis zum letzten Augenblick mit neuen Plänen, schuf er neue Entwürfe. Die Rast, die er sich versagte, ist ihm jetzt durch höhere Gewalt aufgezwungen.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

Die Nachricht wird nicht nur die zahlreichen Freunde des Heimgegangenen, sondern auch die breitere Oeffentlichkeit schmerzlich berühren, denn in Reimar Hobbing ist einer der wenigen großzügigen Männer dahingegangen, wie sie unser niedergebrochenes Vaterland für die Zeiten des zu erwartenden Aufstieges dringend notwendig gebraucht. Aus kleinen Anfängen begann vor knapp einem Dutzend Jahren Reimar Hobbing, der bis dahin ein einfacher Buchhandlungsgehilfe gewesen war, seinen buchhändlerischen und verlegerischen Aufstieg, der ihn bald in die vorderste Reihe des deutschen Buchhandlungs- und Zeitungswesens brachte. Mit einem geschäftlichen Scharfsinn sondergleichen und mit einer ungewöhnlichen Fähigkeit der Zusammenfassung begabt, betätigte er sich auf den verschiedensten Gebieten seines Faches, und wo er anfaßte, da blühte ihm größter Erfolg. Den Grund zu seinem Ansehen als Verleger und zu seinem ansehnlichen Vermögen legte er mit einem Werke über das deutsche Eisenbahnwesen, dem bald die Herausgabe der Werke Friedrichs des Großen folgte. Sie brachte es zu einem bis dahin fast beispiellosen buchhändlerischen Erfolge. Mit den Mitteln, die er sich auf diese Weise erworben hatte, machte er sich, tatkräftig und unermüdlich, an immer größere Aufgaben heran. Er erwarb den gesamten Verlag der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, um sie zu einem führenden Blatte auszugestalten, und in dem, trotz der Erkrankung, unermüdlich arbeitenden Hirne des hochbegabten Mannes entstanden immer neue Pläne, denen der Tod nun einen jähen Abschluß gebracht hat. Die konservative Partei hat allen Anlaß, den Heimgang Reimar Hobbings zu betrauern, denn in ihm hatte sie einen Unternehmer ganz großen Stiles, der aus innerster Ueberzeugung auf der Rechten stand. In der Lauterkeit seines Charakters, in der Fähigkeit, sich Freunde zu erwerben und allen, mit denen er zusammenkam, tiefsten Respekt vor seinem Wesen und Wirken einzuflößen, war Reimar Hobbing ein ganzer Mann, dem jeder, der ihm im Leben nahekommen durfte, das dankbarste Andenken bewahren wird. Eine Frau und drei Kinder, denen nichts ihn je ganz wird ersetzen können, trauern an seinem Totenbette. Möge die Erde ihm leicht sein!

Im „Berliner Lokalanzeiger“ lesen wir:

Reimar Hobbing hat als Buch- und Zeitungsverleger einen ungewöhnlich erfolgreichen Aufstieg erlebt, den er besonders seiner schaffensfrohen Energie und seinem weiten kaufmännischen Blick zu danken hatte. Nach fünfzehnjähriger Verlegertätigkeit blickte er auf ein Lebenswerk zurück, das einen Ehrenplatz in der Geschichte der deutschen Verlagswelt behalten wird.

Die Reichseinkommensteuer.

Der Steuerausschuß der Nationalversammlung setzte gestern die Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes fort.

Eine ausgedehnte Debatte entwickelte sich über die Art der Besteuerung des Grundbesitzes. Dr. Becker (D. V.) wies u. a. darauf hin, daß die Einkünfte des Grundbesitzes eine viel zu hohe Besteuerung erfahren könnten, wenn man das Einkommen für 1919 dabei zur Richtschnur wähle. Der Redner regte an, die Besteuerung nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre vorzunehmen. Abg. Beims (Soz.) wies im Verlaufe der Erörterung auf die Häuserspekulation hin, die in den Großstädten niemals größer gewesen sei als in den letzten Jahren. Es sei durchaus keine Seltenheit im städtischen Grundbesitz, daß Häuser innerhalb eines Jahres zwei- bis dreimal den Besitzer wechselten, und daß jeder Käufer erheblich mehr zahle als der Vorgänger. Es bestehe keinerlei Anlaß, der wilden Grundstücksspekulation steuergemäß entgegenzukommen. Zum § 15 des Entwurfs wies die Abg. Frau Pöhs (Soz.) darauf hin, daß die Besteuerung von Eheleuten, die beide ein Gewerbe betreiben, nach dem Entwurf unter Umständen höher sei als die Besteuerung von Einzelpersonen; die sogenannten wilden Ehegemeinschaften müßten dadurch naturgemäß eine Förderung erfahren. Abg. Dr. Zehnter (Zentr.) empfahl, die Steuergemeinschaft der Eheleute wie auch der Kinder fortzulassen.

Ueber die verschiedenen Anträge, die zu dem Entwurf gestellt wurden, haben Abstimmungen noch nicht stattgefunden.

*

Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Umsatzsteuergesetz genehmigte den schriftlichen Bericht, der von dem Abg. Wetzlich (dnat.) erstattet ist. In der Erörterung wurde als Meinung des Ausschusses festgestellt, daß die vom Ausschuß beschlossene Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer von 1 %, wie sie die Regierungsvorlage vorgeschlagen hat, auf 1½ % nur als Provisorium im Hinblick auf die gegenwärtige Finanznot des Reiches anzusehen sei. Der Bericht wurde genehmigt. Damit sind die Arbeiten dieses Ausschusses abgeschlossen.

Rechtsanwälte und Reichsabgabenordnung.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Die Nationalversammlung hat die Reichsabgabenordnung bereits verabschiedet. Dennoch behandelt Justizrat Mamroth in der Abendausgabe des „Berliner Tageblattes“ vom 13. Dezember 1919, Nr. 596, einige Vorschriften des Entwurfes, die teils überhaupt nicht, teils nicht in der behandelten Fassung Gesetz geworden sind. Die gegen diese Vorschriften gerichteten Angriffe sind unter der Ueberschrift „Ein Attentat gegen die anwaltliche Berufsehre“ zusammengefaßt und geeignet, die Anwälte zur Gegnerschaft gegen die dringend notwendige Reform des Abgabenwesens aufzurufen. Ein solches Vorgehen ist bedauerlich, weil es einmal der Sache nach durch die Ereignisse überholt ist, und dann ist es um so bedauerlicher, weil die Nationalversammlung und die Regierung in gemeinsamer Arbeit bemüht gewesen sind, im Rahmen der Abgabenordnung gerade den Anwalt bei seiner Berufstätigkeit unter besonderen Schutz zu stellen. Die Strafbestimmung des § 372 des Entwurfs, gegen die Mamroth sich wendet, ist beseitigt. Die Haftung der Anwälte auf Schadenersatz gegenüber dem Reiche bei Steuerverkürzung und ihre strafrechtliche Verfolgung bei Steuergefährdung ist davon abhängig gemacht, daß der Anwalt seine Berufspflicht verletzt hat und daß dies im ehrengerichtlichen Verfahren festgestellt ist. (§§ 90, 388 der Abgabenordnung.) Das Berufsgeheimnis des Anwalts ist grundsätzlich gewahrt. Eine Ausnahme besteht nur für die Beratung in Steuersachen, und auch hier kann der Anwalt Auskunft verweigern, wenn sie seinen Auftraggeber der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde. (§ 179 A. O.) Nach § 239 A. O. können Anwälte bei den Finanzgerichten zugelassen werden, und auf Anregung aus Anwaltskreisen ist die Vereinbarung eines Palmarius bei der Steuerberatung für nichtig erklärt worden.

Eine so weitgehende und außergewöhnliche Begünstigung der Anwaltschaft, wie sie nunmehr erfolgt ist, läßt sich nur rechtfertigen, wenn man darauf vertraut, daß die Anwaltschaft ihrerseits in allen ihren Teilen den Beruf fühlt, an einer Gesundung der Steuermoral mitzuarbeiten.

Der Streit um die Schulaufsicht.

Die Auffassung, daß es wegen der Meinungsverschiedenheiten über die Schulaufsicht der Geistlichen zu einer Krisis in Preußen kommen könne, hat sich jetzt endgültig als unzutreffend erwiesen. Auch das amtliche Organ des Zentrums, die „Zentr.-parl. Korr.“ bestätigt, daß der anläßlich der Beratung des Unterrichtsausschusses der Landesversammlung über die Zusammensetzung der Schuldeputationen drohende Konflikt innerhalb der Mehrheitsparteien wenigstens zurzeit als beigelegt gelten könne.

Die Lage sei übrigens, so fügt die Korrespondenz hinzu, von Anfang an keineswegs derart gewesen, daß sie berechtigte, von einer Krisis zu sprechen. Das Zentrum habe keinen Augenblick daran gedacht, es zu einer Machtprobe kommen zu lassen. Wenn das Zentrum in Wahrung seiner grundsätzlichen Stellungnahme sich den Forderungen der beiden anderen Mehrheitsparteien widersetzt habe, so habe es damit nichts anderes getan, als den Standpunkt vertreten, der in der Reichsverfassung unzweideutig festgelegt sei, und der im Einklang stehe mit dem Koalitionsabkommen. Die em Standpunkt habe sich auch die preußische Staatsregierung ja nicht verschlossen. Eine von ihr veröffentlichte halbamtliche Auslassung besage, daß bevor über die Aenderung der Schuldeputationen weiter zu verhandeln sei, die Frage geprüft und entschieden werden solle, ob die Abschaffung der Zugehörigkeit der Geistlichen zur Schuldeputation mit Art. 174 der Reichsverfassung in Widerspruch stehe.

Aus den weiteren Aeußerungen der Zentrums-Parlamentskorrespondenz geht dann allerdings hervor, daß das Zentrum nicht gewillt sei, in dieser Frage nachzugeben. Die Korrespondenz übt an der Stellungnahme der beiden anderen Mehrheitsparteien eine sehr scharfe Kritik und fügt hinzu, daß beide Parteien nunmehr wohl auf ein gedeihlicheres Zusammenarbeiten innerhalb der Mehrheitsparteien hinarbeiten dürften, das auf die Dauer nur möglich sei, wenn die gebotene Rücksichtnahme auf die grundsätzlichen Forderungen jeder der drei Mehrheitsparteien von allen Beteiligten beobachtet werde.

* * *

Auch in der Frage der schnellen Erledigung des Betriebsrätegesetzentwurfs bestehen nach der „Zentr.-Parl.-Korr.“ grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mehrheitsparteien des Reiches nicht. Die Korrespondenz stellt fest, daß absolut nicht von einer Regierungskrisis die Rede sein könne, da die Mehrheitsparteien sich in solchen taktischen Fragen verständigen würden. Es könne auch nicht davon gesprochen werden, daß Zentrum und Demokratie einer beschleunigten Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes widerstrebten; wenigstens könne das vom Zentrum mit aller Bestimmtheit behauptet werden. Wenn das Betriebsrätegesetz vor Weihnachten nicht mehr verabschiedet werden könne, so liege das hauptsächlich daran, daß es dem Parlament an der nötigen Zeit mangele. Es bestehe jedenfalls kein Anlaß, aus der Zurückstellung des Betriebsrätegesetzes nun gleich eine Regierungskrisis herzuleiten.

Die Gemeindewahlen in der Pfalz.

m. München, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Das Ministerium des Innern hat im Landtag den Entwurf über das Selbstverwaltungsgesetz in der Pfalz vorgelegt. Das Selbstverwaltungsgesetz und das Gemeindewahlgesetz sind, nachdem der kommandierende General der 18. Armee seine Genehmigung erteilt hat, in Wirksamkeit getreten. Jedoch legen die schwierigen Verkehrsverhältnisse es nahe, die Wahlen auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben.

Die Landverteilung an Siedler.

Preußisches Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz.

In der Preußischen Landesversammlung ist am Montag das Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz entsprechend den Aenderungsvorschlägen des 14. Ausschusses angenommen worden. Das Reichssiedlungsgesetz sieht die Gründung gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften zur Schaffung neuer Ansiedlungen und zur Hebung bestehender Kleinbetriebe vor. Das dazu erforderliche Land ist durch die Staatsdomänen, durch Moor- und Oedländer und durch Bodenabgabe der landwirtschaftlichen Großgüter, deren Eigentümer zu diesem Zweck in Landlieferungsverbände zusammenzuschließen sind, bereitzustellen. Das preußische Ausführungsgesetz ergänzt das Reichsgesetz durch Bestimmungen über die Enteignung, die Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter und über die Landlieferungsverbände. Die Enteignung spricht der Präsident des Landeskulturamtes bezw. der ständige Ausschuß des Landlieferungsverbandes aus. In jeder der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Schleswig-Holstein werden die Eigentümer der großen Güter zu einem Landlieferungsverband zusammengeschlossen. Verbandsmitglieder haben für je 200 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche bei der Wahl von Verbandsverordneten eine Stimme, wobei kein Mitglied mehr als fünf Stimmen führen darf. Weitere Bestimmungen des Gesetzes befassen sich mit der Organisation des Landlieferungsverbandes im einzelnen. Außer in den im Reichsgesetz festgelegten Bezirken, deren landwirtschaftliche Nutzfläche zu mehr als 10 v. H. auf die Güter von 100 und mehr Hektar entfällt, kann der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten auch die Eigentümer anderer Bezirke zu Landlieferungsverbänden zusammenschließen; auch ist der Präsident des Landeskulturamtes ermächtigt, durch den Vorsteher eines Kulturamtes die Verhandlungen über den Erwerb von Grundstücken zur Schaffung neuer Ansiedlungen durchzuführen.

* * *

Das vorstehende Gesetz in Verbindung mit dem Reichssiedlungsgesetz liefert die rechtliche Grundlage für eine großzügige innere Kolonisation. Sollen aber Erfolge erzielt werden, in einer Zeit, in der unter dem Baustoff- und Materialmangel die lebenswichtigsten Arbeiten gefährdet werden, dann ist es notwendig, daß man Siedlungsgesellschaften und Siedlern den richtigen Geist einflößt. Aus sich heraus müssen die Siedlungen entstehen, wie man es kürzlich an einem Beispiel in der Mark erlebt hat, wo die Siedler sich selbst auch die Baustoffe für ihre künftigen Behausungen hergestellt haben. Ein weiterer Gesichtspunkt ist, daß bei der Anlage der Siedlungen die technischen Errungenschaften — möglichst weitgehende gemeinsame Maschinennutzung, gemeinsame Wasserleitung, zentrale Kraftversorgung — berücksichtigt werden, damit ein wirtschaftliches Arbeiten möglich wird. Hierauf ist bei der Auswahl und Anordnung der Grundstücke unter Heranziehung technisch-wirtschaftlicher Sachverständiger, die im Gesetzestext nicht besonders erwähnt sind, Bedacht zu nehmen. Wird die Siedlungspolitik in dieser Art betrieben, dann werden auch die Früchte nicht ausbleiben. G. S.

Landwirte und Zwangswirtschaft.

Die Landwirte und Vertreter der landwirtschaftlichen Produktionszweige und Genossenschaften des pommerschen Kreises Dramburg veröffentlichen in der „Deutschen Tageszeitung“ eine bemerkenswerte Erklärung. Sie erkennen an, daß die Regierung die Zwangswirtschaft erst dann aufgeben könne, wenn in anderer Form die Ernährung des deutschen Volkes in den Hauptnahrungsmitteln sichergestellt sei. Aus diesem Grunde erklären sie sich verbindlich bereit, ihre gesamten Brotgetreide- und Kartoffelvorräte der Ernte 1919 sowie die Milch zu den jetzt geltenden Preisen restlos freiwillig an die genossenschaftlichen Stellen des Kreises Dramburg weiterzuliefern, selbst wenn durch ein Ende der Zwangswirtschaft die Möglichkeit zu einer höheren Preisgestaltung gegeben werden sollte. Zugleich sprechen sie die Erwartung aus, daß die übrige Landwirtschaft sich auf den gleichen Boden stellen werde.

Die Erklärung bezweckt, wie auch in ihr selbst betont wird, die Regierung zur Aufhebung der Zwangswirtschaft zu veranlassen. Darüber ließe sich, wenn tatsächlich die gesamte Landwirtschaft in der von dem Unterzeichner vorgeschlagenen Weise vorgehen wollte, selbverständlich reden. Es würde dann allerdings ein Unterschied zwischen der jetzigen Zwangswirtschaft und der neuen Lage kaum bestehen, da ja in beiden Fällen die Ablieferung doch erfolgen müßte. Anderseits kann ohne einen staatlichen Zwang die Gewähr dafür, daß wirklich von allen Landwirten die Ablieferung restlos erfolgte, kaum von irgend jemandem übernommen werden, auch nicht von den Landwirten, die zu dieser Ablieferung bereit sind. Erfolgt die Ablieferung aber nicht, so würde zweifellos eine Zeit neuer, noch gar nicht zu übersehender Schwierigkeiten für die Ernährung der städtischen Bevölkerung bevorstehen. Für dieses Risiko die Verantwortung zu übernehmen, wird aber die Regierung nicht vermögen. Sie muß eine unbedingte Sicherheit haben, daß die städtische Bevölkerung mindestens das Notwendigste an Lebensmitteln erhält. Und diese Gewißheit ist nach den bisherigen Erfahrungen doch lediglich in der Zwangswirtschaft gegeben.

Deutsches Reich.

Mehrkosten der Landesversammlung.

Der Staatshaushaltsausschuß der Landesversammlung hat seinen eigenen Etat der Revision unterziehen müssen, da es sich herausgestellt hat, daß die Beratungsdauer der Parlamente und die Einführung der Achtstundenzeit bedeutende Mehrkosten verursacht haben. So mußte der Etat, der ursprünglich 2 200 005 M auswarf, um 4 699 890 M erhöht werden. Die Mehrkosten stützen sich auf erhöhte Bedürfnisse der Mitglieder an Tagegeldern (3 840 000 M), der Rest verteilt sich auf Stellenzulagen, Hilfsleistungen der Beamten, Geschäftsbedürfnisse, Gebäudeunterhaltungskosten. Von einer Bewilligung einer Repräsentationssumme an den Präsidenten wurde Abstand genommen.

Organisation der Reichswehrzeitfreiwilligen.

Die für die Reichswehr bestimmten Zeitfreiwilligen erhalten die Bezeichnung „Reichswehrzeitfreiwillige“. Sie sind ausschließlich für Zwecke der Reichswehr bestimmt und dürfen nicht gleichzeitig Angehörige der Einwohnerwehren usw. sein. Sie haben die Aufgabe, Lücken innerhalb der Etatsstellen zu schließen, Reichswehrverbände vorübergehend zu stärken oder an Stelle der Reichswehrtruppen zu treten, wenn diese zu operativen Aufgaben aus ihren Standorten abrücken. Für die erste Aufgabe können schon jetzt Einstellungen in offene Stellen erfolgen. Die beiden letzteren Aufgaben gelten nur für dringende Fälle. Die hierzu Einberufenen können auch zu selbständigen Reichswehrzeitfreiwilligenformationen zusammengefaßt werden. Sie müssen auch zu Aufgaben außerhalb des Standortes bereit sein. Da die Organisation nach den Friedensbedingungen nur bis nach Ablauf von 3 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages zulässig ist, so müssen die Freiwilligen militärisch ausgebildet sein. Ausrüstung, Bewaffnung und Bekleidung, sowie die Fahrzeuge für besondere Verbände halten die Truppen bereit.

Tarifvertragsverhandlungen bei der Eisenbahn.

Im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten finden seit längerer Zeit Tarifvertragsverhandlungen mit den Eisenbahnern statt. In der Lohnkommission der Staatseisenbahnverwaltung wurde bereits kurz nach der Revolution die Ausarbeitung eines Tarifvertrages ins Auge gefaßt, und auf Beschluß der Landesversammlung vom 19. Juli 1919 arbeiteten die Eisenbahnerverbände Entwürfe aus, die von den größeren Verbänden zu einem gemeinsamen Vorschlage verarbeitet wurden, auf Grund dessen sodann am 2. Dezember im Eisenbahnministerium die Verhandlungen begonnen haben, die gegenwärtig noch im Gange sind. Die Realisierung der Forderungen, die in diesem Vorschlage stipuliert sind, würde eine Mehrbelastung der preußischen Staatskasse um jährlich 1.7 Milliarden Mark bedeuten. Da sie gleichzeitig eine Erhöhung der Beamtengehälter bedingen würden, würden sie einen Fehlbetrag von 3 Milliarden Mark bedeuten, der nur durch eine weitere Erhöhung der Personen- und Gütertarife um etwa 100 % ausgeglichen werden könnte. Es ist beabsichtigt, auch Vertreter der einzelnen Parteien den Verhandlungen zu informatorischen Zwecken beiwohnen zu lassen.

Der angebliche Konflikt in der Reichsdruckerei.

Die „Freiheit“ berichtet heute morgen über einen angeblichen Konflikt mit der Reichsdruckerei, der dadurch entstanden sei, daß nach einer Verfügung des Reichspostministers Reichsmittel zur Unterhaltung von Arbeiter- und Soldatenräten nicht mehr zur Verfügung gestellt und Zahlungen für den Arbeiterrat aus der Reichsdruckereikasse nicht mehr geleistet würden. Die „Freiheit“ stellt es so dar, als ob es sich um einen Sondererlaß des Reichspostministeriums handele, durch die die Belegschaften der Reichsdruckerei besonders geschädigt seien. Zur Abwehr sei sie in passive Resistenz eingetreten. Wie wir hören, ist beides nicht zutreffend. In Wirklichkeit handelt es sich um eine schon längere Zeit zurückliegende Verfügung des Reichsfinanzministers, nach der für die Unterhaltung von Arbeiter- und Soldatenräten Reichsmittel nicht mehr verlangt werden dürfen. Diese Verfügung ist an sämtliche Ressorts ergangen und auch die Postverwaltung mußte ihr Folge geben. Der Erlaß mußte auch bei der Reichsdruckerei durchgeführt werden, bei der noch aus der Revolutionszeit ein Arbeiterrat vorhanden ist. Ursprünglich hatte der Reichspostminister die Absicht, diese Einrichtung bis zum Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes in der bisherigen Form bestehen zu lassen. Nachdem aber der Erlaß des Reichsfinanzministeriums ergangen war, trat auch an die Reichspostverwaltung — wie an alle übrigen Ressorts — die Frage heran, die hohen Kosten, die der Arbeiterrat jetzt verursacht, abzubauen bzw. auf ein Minimum zu beschränken. Im letzten Halbjahr beliefen sich die Ausgaben für den Arbeiter- und Betriebsrat bei der Reichsdruckerei auf rund 39 800 M, während die Kosten für Gehälter, Wohnungsgelder, Teuerungs- und Kinderzulagen usw. für die Mitglieder des gesamten Direktoriums der Reichsdruckerei im selben Zeitraum 29 000 M beanspruchten.

Schon gestern fand eine Besprechung zwischen dem Direktorium der Reichsdruckerei und den Obleuten des Arbeiter- und Betriebsrats statt, die eine Beilegung der Streitfrage zum Ziele hatte. Diese Verhandlungen wurden heute mittag im Reichspostministerium fortgesetzt, und man darf annehmen, daß es zu einer beide Teile befriedigenden Lösung kommt. Festgehalten werden muß, daß die Arbeiterschaft der Reichsdruckerei jedenfalls nicht in passive Resistenz eingetreten ist.

Aus Groß Berlin.

Die Sicherheitspolizei im Landespolizeibezirk Berlin. Anfang Januar wird ein von dem Kommando der Sicherheitspolizei bearbeiteter Unterbringungs- und Zuständigkeitsnachweis der Sicherheitspolizei im Landespolizeibezirk Berlin durch das Polizeipräsidium herausgegeben. Aus diesem ist die Zuständigkeit und Erreichbarkeit der Sicherheitswachen und Polizeireviere mit Meldestellen für alle Straßen usw. im Landespolizeibezirk Berlin ersichtlich. Das Buch wird der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Vertrieb erfolgt durch die Firma Albert Nauck, Wilhelmstr. 28.

Der Konflikt bei den Spandauer Reichsbetrieben. Nach der gestrigen Versammlung der Arbeiter des Reichswerkes Spandau haben heute vormittag Verhandlungen zwischen der Leitung des Werkes und den Arbeitervertretern begonnen. Wie eine Lokalkorrespondenz mitteilt, steht die Werkleitung den Forderungen der Versammlungen auf Entlassung der Zentralverwaltung und Abschaffung der Akkordarbeit ablehnend gegenüber. Sie ist auch der Meinung, daß die Mehrheit der Werkarbeiter sich an einem Proteststreik nicht beteiligen wird. Von radikaler Seite ist heute vormittag versucht worden, auf die Arbeiter der staatlichen Werke Spandaus einzuwirken, um sie zum Streik zu veranlassen. Bisher waren die Bemühungen vergeblich. — In den Staatsbetrieben traten die Belegschaften heute morgen vollzählig an. Bei den Elektrizitäts- und Gaswerken fanden Versammlungen statt, die jedoch kein klares Ergebnis brachten, ob man mittags die Strom- und Gasherstellung einstellen wird oder nicht.

Die Oberschöneweider Gemeindevertreter hatten vor kurzem beschlossen, daß die Oberreal- und Realschule in der Zeppelinstraße, die bekanntlich während des Krieges nach dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg benannt worden ist, den Namen Hindenburg-Schule nicht mehr weiterführen soll. Auf eine Eingabe des Leiters der Hindenburgschule und des Gemeindevorstehers an das Kultusministerium ist der Bescheid des Ministers eingegangen, der dahin lautet, daß der Beschluß der Gemeindevertretung jeder Begründung entbehre und daß er die gegen diesen Beschluß vorgebrachten Gegengründe als berechtigt anerkennen müsse.

Charlottenburgs Besoldungsreform angenommen. Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung nahm gestern in außerordentlicher Sitzung sämtliche Besoldungsvorlagen für die städtischen Beamten, Angestellten, Lehrer an. Die Gehälter der besoldeten Magistratsmitglieder wurden mit Wirkung vom 1. Juli 1919 ab wie folgt festgesetzt: Stadträte: Anfangsgehalt 18 000 M, Höchstgehalt 24 000 M, Stadtschulrat und Stadtrat für Medizin: 18 750 bis 24 750 M, Kämmerer und Stadtsyndikus: 20 750 bis 26 750 M, Stadtbauräte 28 000 M, Bürgermeister 30 000 M und Oberbürgermeister 40 000 M Gehalt. Die Teuerungszulagen betragen für die Verheirateten 2400 M, für die Ledigen 1600 M und für jedes Kind 600 M.

Die Paketsperre. Es sind Unklarheiten über die Paketsperre vor Weihnachten entstanden. Demgegenüber ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß zurzeit nur für Nachnahmepakete, die für das Gebiet der Oberpostdirektion Berlin bestimmt sind, eine Sperre bis Weihnachten besteht. Für das gesamte dem Reichspostministerium unterstehende Gebiet ist eine Wertpaketsperre bis Weihnachten verfügt worden. Diese Sperre gilt nur für die sogenannten Wertpakete. Wertpakete, die tatsächlich Geld oder Wertpapiere enthalten, werden von den Postanstalten angenommen.

Die Geschäftsräume des Reichswirtschaftsgerichts in Berlin werden vom 15. Dezember d. J. ab von Berlin SW. 61, Gitschinerstr. 97, nach Charlottenburg 5, Witzlebenstr. 4—10 verlegt. Das Reichswirtschaftsgericht ist sodann beim Amt Wilhelm unter Nr. 1807, 7174, 7987, 4440 und 4728 an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Beamten-Vorbereitungskursus. Anfang Januar beginnt in der Friedrichs-Werderschen Oberrealschule, Niederwallstr. 12, unter Leitung des Referenten Scharfich vom Reichsschatzministerium ein neuer Beamten-Vorbereitungskursus. Der Unterricht findet jeden Dienstag und Freitag von 7 bis 9 Uhr abends statt. Dauer des Kursus ein Vierteljahr. Teilnehmergebühr 50 M, Kriegsbeschädigte genießen Ermäßigung. Anmeldungen und Studienplan durch Referent Scharfich, Berlin-Lankwitz, Luisenstr. 27.

Ueber „Valuta“ spricht heute abend Herr Alfred Lansburgh, Herausgeber der Finanzzeitschrift „Die Bank“, im Oberlichtsaal der Philharmonie. Beginn 7½ Uhr.

Die Reichsbank wird ihre Bureaus und Kassen am Mittwoch, den 24. Dezember, um 12 Uhr schließen. Am Sonnabend, den 27. Dezember, finden keine Dienststunden statt.

Letzte Meldungen.

Brüssel, 15. Dezember. Die belgische Regierung hat den Danziger Reedern gestattet, ihre Schiffe in den Hafen von Antwerpen einlaufen zu lassen.

Barometer- u. Thermometerstand b. Petitpierre, Friedrichstr. 69.

Am 15. abends	9 Uhr	761,0 mm	— 1,2 Grad C.
Am 16. morgens	7 Uhr	761,0 mm	— 1,2 Grad C.
Am 16. mittags	1½ Uhr	762,0 mm	0,0 Grad C.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend.

Etwas kälter, zeitweise aufklarend, aber noch überwiegend trübe oder nebelig bei frischen östlichen bis nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Reichsbank.

(16. Dezember.)

Sämtliche Zahlen in 1000 ℳ

	1919	1918	1917	1916
Metallbestand	1 112 598	2 328 112	2 544 608	2 535 106
davon Gold	1 090 296	2 307 880	2 405 687	2 518 759
Reichs- u. Darlehnskassenscheine	9 926 549	4 194 551	1 080 848	264 374
Noten anderer Banken	2 416	3 741	2 887	5 439
Wechsel, Schecks u. diskontierte Schatzanweisungen	82 772 612	22 160 056	12 145 611	7 930 654
Lombardforderungen	6 729	7 780	7 326	11 503
Effekten	162 551	156 028	96 089	99 261
Sonstige Aktiva	1 857 936	2 087 277	1 883 616	675 627
Grundkapital	180 000	180 000	180 000	180 000
Reservefonds	99 496	94 828	90 187	85 471
Umlaufende Noten	32 460 351	19 175 464	10 091 088	7 401 890
Sonst. tägl. fällige Verbindlichkeiten	9 688 711	10 212 227	6 085 956	8 423 665
Sonstige Passiva	3 412 893	1 274 976	710 949	421 668

Die folgende Tabelle veranschaulicht die Zunahme resp. Abnahme der einzelnen Posten des Ausweises im Vergleich zur letzten Novemberwoche.

	1919	1918	1917	1916
Metallbestand	+ 750	− 826 000	+ 5 241	+ 161
davon Gold	− 228	− 475 000	+ 886	+ 271
Reichs- u. Darlehnskassenscheine	+ 185 152	+ 189 585	+ 23 472	− 51 758
Noten anderer Banken	− 843	+ 1 192	− 68	+ 2 601
Wechselbestand	− 1 493 614	+ 26 593	− 82 592	− 145 038
Lombardforderungen	− 4 712	− 256	− 1 749	− 9 5
Effekten	+ 11 266	+ 2 508	− 2 388	+ 14 729
Sonstige Aktiva	− 95 161	− 181 874	+ 81 968	+ 689
Notenumlauf	+ 554 516	+ 565 591	+ 68 787	+ 65 280
Verbindlichkeiten	− 1 443 866	− 470 768	+ 8 852	− 288 252
Sonstige Passiva	− 502 938	− 7 576	− 92 496	− 9 414

*

Nach dem vorliegenden Ausweis vom 6. Dezember brachte die erste Dezemberwoche den Anlagen der Reichsbank eine ansehnliche Entlastung. Die gesamte Kapitalanlage ermäßigte sich um 1487,2 Mill. Mark auf 32 941,9 Mill. Mark, die bankmäßige Deckung für sich allein genommen um 1493,7 Mill. Mark auf 32 772,6 Mill. Mark. Wenn auch hiernach die Verminderung der Anlagekonten im Zusammenhang mit einem befriedigenden Absatz an Reichsschatzanweisungen und infolge geringerer Ansprüche des Reichs recht bedeutend gewesen ist, so gleicht sie dennoch bei weitem nicht die am Monatsschluß vorher eingetretene Inanspruchnahme aus. Auf der anderen Seite zeigen die fremden Gelder in der Berichtszeit einen annähernd gleichen Rückgang wie die Anlagen, nämlich um 1443,9 Mill. Mark auf 9688,7 Mill. Mark. Das in der Berichtswoche starke Ansteigen des Zahlungsmittelumlaufs stand zum Teil im Zusammenhang mit dem sich schon bemerkbar machenden Weihnachtsbedarf, der angesichts des hohen Preisniveaus in diesem Jahre besonders große Geldbeträge erfordert; zum Teil aber war es wieder eine Folge der sich fortsetzenden, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus höchst bedauerlichen und gefährlichen Umwandlungen von festverzinslichen Werten in Papiergeld. Während in der ersten Dezemberwoche der Jahre 1917 und 1916 an papiernen Zahlungsmitteln (Banknoten und Darlehnskassenscheinen) nur 124,7 Mill. Mark resp. 140,1 Millionen Mark und selbst in der vorjährigen Vergleichszeit trotz der unruhigen politischen Verhältnisse nur 670,1 Mill. Mark neu beansprucht wurden, mußte diesmal eine Nachfrage nach solchen Zahlungsmitteln in Höhe von 994 Mill. Mark befriedigt werden. Der Notenumlauf erhöhte sich dadurch um 554,5 Mill. Mark auf 32 460,4 Mill. Mark und der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 439,5 Mill. Mark auf 13 254,3 Mill. Mark. Der Goldvorrat ermäßigte sich um 0,2 Mill. Mark auf 1090,3 Mill. Mark; dagegen weisen die Bestände an Reichskassenscheinen und Scheidemünzen kleine Vermehrungen auf.

Der Darlehnsbestand bei den Darlehnskassen stieg um 624,4 Mill. Mark auf 23 271,1 Mill. Mark. Ein dieser Zunahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen floß in die Kassen der Reichsbank, die ihrerseits, wie oben erwähnt, 439,5 Mill. Mark an solchen Geldzeichen in den Verkehr geben mußte. Die eigenen Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen wuchsen um 185 Mill. Mark auf 9896,7 Mill. Mark an.

*

Die Aenderung des Bankgesetzes vor der Reichsbank. In der gestrigen ausserordentlichen Generalversammlung der Reichsbankanteilseigner erläuterte der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. Havenstein, die auf die Reichsbank bezüglichen Vorschriften des Gesetzentwurfs, betreffend die Aenderung des Bankgesetzes vom 14. März 1875, in der von der Nationalversammlung in dritter Lesung beschlossenen Fassung. Er wies dabei insbesondere auf den Artikel V hin und betonte, dass die in Gemässheit dieses Artikels neu zu schaffenden Stellen für drei Mitglieder des Zentralausschusses und drei Stellvertreter dazu bestimmt seien, der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft, den Genossenschaften und den Sparkassen eine Vertretung im Zentralausschuss zu verschaffen. Demgemäss werde die Generalversammlung der Anteilseigner künftighin verpflichtet sein, je ein Mitglied und je einen Stellvertreter nach den Vorschlägen der Organisation jeder dieser drei Gruppen, der Gewerkschaften, der Genossenschafts- und der Sparkassenverbände, zu wählen, wobei sich von selbst verstehe, dass die vorgeschlagenen Personen den Bestimmungen des § 31 des Bankgesetzes entsprechen. — Die Abstimmung ergab die einstimmige Zustimmung der Generalversammlung zu dem Gesetzentwurf.

Deutsche Volkswirtschaft.

Stand der Herbstsaaten. Nach der Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts war der Saatenstand im Deutschen Reiche am Anfang Dezember nach Begutachtungsziffern (2 = gut, 3 = mittel) folgender:

	Winterweizen	Winterspelz	Winterroggen
Dezember 1919	3,1	2,8	3,1
November 1919	2,9	2,7	2,3
Dezember 1918	2,5	2,6	2,4

Die im Oktober unterbrochene Aussaat des Wintergetreides konnte erst Ausgang November, nachdem die mit Hackfrucht bestellt gewesenen Felder geräumt waren, wieder aufgenommen werden. Sie war aber Anfang Dezember meist noch nicht beendet. Besonders die Aussaat des Weizens war noch ziemlich stark im Rückstand, und es ist fraglich, ob die für die Aufnahme der Winterung bestimmten Felder an den frostfreien Tagen des ersten Dezemberdrittels noch restlos bestellt werden konnten. Der Gesamtstand des Wintergetreides wird noch etwas ungünstiger beurteilt als im Vormonat. Die im September bestellten Saaten haben meist ein gutes Aussehen, alle späteren aber haben sich, soweit sie bei Abgabe der Berichte überhaupt schon sichtbar waren, nur schwach entwickelt und waren vielfach noch rötlich gefärbt. — Die nächste Berichterstattung erfolgt im April 1920.

Neue Preise für Phosphorsäuremittel. Der Reichswirtschaftsminister setzt mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. neue Preise für Superphosphate für 1 Kilogrammprozent zitratlösliche Phosphorsäure fest, die im Gebiet I 566 ₰, im Gebiet II 558 ₰ betragen. Eine weitere erlassene Bekanntmachung betrifft Mischungen von Superphosphat.

Gewerbliche Verarbeitung von Reichssilbermünzen. Der Reichswirtschaftsminister hat das am 10. Mai 1917 erlassene Verbot der gewerblichen Verarbeitung von Reichssilbermünzen mit sofortiger Wirkung ausser Kraft gesetzt.

Anleihe der Stadt Minden. Die Stadt Minden i. W. erhielt die Genehmigung zur Ausgabe von 2,5 Millionen Mark 4 % Anleihe.

Neugründung. Unter der Firma Passage-Kaufhaus Akt.-Ges. in Saarbrücken ist eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 5000000 ℳ gegründet worden. An der Gründung ist das Warenhaus Leonhard Tietz Akt.-Ges. in Köln beteiligt. Im Zusammenhang hiermit steht die kürzlich gemeldete Kapitalserhöhung der Leonhard Tietz A.-G. um 10 Millionen Mark.

Die Folgen der Markentwertung. Die Steinkohlenbergwerksgesellschaft Diergardt hat im Jahre 1913 in der Schweiz einen Kredit von 5 Millionen Frank aufgenommen, der sich jetzt angesichts des dauernden Sinkens der deutschen Valuta als eine ungewöhnlich starke Belastung für das noch in der Entwicklung begriffene Unternehmen darstellt. Wie in der Generalversammlung, die zur Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Kredit 6 Millionen Mark neue Mittel bewilligte, mitgeteilt wurde, sei der Kredit in der Schweiz in der bewilligten Höhe von 5 Millionen Frank völlig ausgenutzt worden. Für die 5 Millionen Frank sei der Gegenwert in Deutschland zum jeweiligen Kurse zu hinterlegen. Zurzeit fehlten fünf Millionen Mark an der Deckung. Ausserdem wären für die in der Schweiz untergebrachten 2 260 000 Frank Obligationen im nächsten Jahre 600 000 Frank erforderlich, was wiederum ein Erfordernis von 6 Millionen Mark bedeute, dabei fehlte noch für die ersten 4 Millionen Frank die Deckung des Agios. Die Zusicherung, dass die schweizerischen Kredite über 1920 hinaus gewährt werden sollten, fehle noch. Um das Bankgegenkonto auffüllen zu können, habe die Gesellschaft einen Kredit von drei Millionen Mark aufnehmen müssen. Für die Gesellschaft bedeute die schweizerische Schuld eine andauernde Sorge; die Gesellschaft sehe sich genötigt, an den Anteilsbesitzer heranzutreten, um Mittel zur Erfüllung der Verpflichtungen zu erhalten. Bisher sei es auch möglich gewesen, aus dem Betriebe Erträgnisse zu erzielen, die es ermöglichten, den Verpflichtungen gegenüber der Schweiz nachzukommen. Man hoffe, dass es möglich sein werde, die schweizerischen Kreditgeber zur Verlängerung des Kredits zu bewegen.

Zur Arbeitsteilung der Messen. Aus Hamburg wird uns geschrieben: Wir meldeten schon, dass von Hamburg aus eine Arbeitsteilung der Messen vorgeschlagen ist in der Form, dass Leipzig, wie bisher, Exportmustermesse bleibt unter Ausschluss der Technischen Messe, die nach Frankfurt a. M. verlegt werden soll. Leipzig ist nicht imstande, die Technische Messe zusammen mit der allgemeinen Mustermesse so auszubauen, wie Frankfurt es könnte. Im übrigen scheint Leipzig an der Grenze seines Könnens angelangt zu sein, da auch die Textilmesse verlegt werden soll, während Frankfurt sehr günstig zur östlichen Lage der verbrauchenden Industrie liegt und geeignet scheint, auch die Offenbacher und Pforzheimer Industrie auf einer Messe ausstellen zu lassen. Eine Einigung zwischen Leipzig und Frankfurt ist notwendig.

Hamburg wird von dem ursprünglichen Gedanken einer Exportmesse ablassen müssen und sich als natürliches Einfallstor der Einfuhr von Rohstoffen mit Hilfe einer internationalen Grossbörse zuwenden. Dass Hamburg, das durch den Krieg mehr als andere Städte hat leiden müssen, berechtigt und berufen scheint, diese wichtige weltwirtschaftliche Aufgabe zu lösen, ist jedem Kenner der Verhältnisse klar. Auch der Reichswirtschaftsminister hat sich jüngst in Hamburg in einer längeren Unterredung dahingehend geäussert, dass es im Interesse der gesamten Wirtschaft zu begrüssen sei, wenn Hamburg sich dieser grossen und schweren Aufgabe unterziehen wolle. Hamburg könne in dieser Beziehung auf jegliche nur mögliche Förderung seitens des Reichswirtschaftsministeriums rechnen, wenn auch betont werden müsse, dass die Bewilligung von Geldmitteln für neue Messen durch das Finanzministerium im Hinblick auf die augenblickliche Finanzlage wohl kaum in Frage kommen könne.

Aktiengesellschaften.

Die Generalversammlung der Deutschen Eisenhandel Akt.-Ges. in Berlin beschloss das Aktienkapital von 23 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark zu erhöhen. Der Ausgabekurs wurde auf 120 % festgesetzt, und zwar sollen die neuen Aktien den alten Aktionären im Verhältnis von 4:1 zum Bezuge angeboten werden, mit der Massgabe, dass von den neuen Aktien ein Betrag von 1¼ Millionen Mark einem Bankenkonsortium übereignet wird. Der bei dem Verkauf entstehende Agiogewinn soll in der Hauptsache der Gesellschaft zufliessen. Ferner beschloss die Versammlung eine weitere Kapitalserhöhung um 6 Millionen Mark auf 36 Millionen Mark. Der Ausgabekurs dieser neuen Aktienkategorie wurde auf 100 % festgesetzt. Zur Begründung führte der Generaldirektor aus, dass die Gesellschaft nicht etwa Geldbedarf für das laufende Geschäftsjahr habe. Vielmehr bedinge die Erweiterung des Konzerns neue Mittel. Es seien Verhandlungen in der Schwebe zwecks Angliederung neuer Konzerne. Die Gesellschaft betrete ein neues Gebiet der Betätigung, heute nachmittag werde eine Metallhandelsgesellschaft gegründet werden, woran sich die Gesellschaft mit 6 Millionen Mark, die Firma Ravené mit 2 Millionen Mark und Banken mit 3—4 Millionen Mark beteiligen werden. Die neue Gesellschaft werde ihren Sitz in Oberschöneweide haben und sich mit der Herstellung von Feinmetall und Legierungen aus Altmetall befassen, ebenso Handel betreiben. Die Verwaltung verspricht sich aus diesem neuen Unternehmen gute Erfolge. Wegen des Bedarfs der weiteren 6 Millionen Mark könne sich die Verwaltung noch nicht aussprechen. Voraussichtlich werde die Gesellschaft gegen Hergabe von Aktien neue Beteiligungen erwerben.

In einer Aufsichtsratssitzung der Jlse Bergbau-Akt.-Ges. wurde berichtet, im Laufe des Jahres seien die Selbstkosten infolge der andauernden Preissteigerungen aller Betriebsmittel sowie in Anbetracht der mehrfach notwendig gewordenen Erhöhung der Löhne und Gehälter und der Zuschüsse bei Beschaffung von Lebensmitteln in ganz ausserordentlicher Weise angewachsen. Wenn auch eine mehrmalige Aufbesserung der Verkaufspreise stattfand, so waren die Mehrerlöse doch nicht ausreichend, die gestiegenen Selbstkosten in vollem Umfange auszugleichen. Insbesondere stehen der Lohnerhöhung der letzten Monate keine Aufbesserung der Verkaufspreise gegenüber. Der Vorstand glaubt unter diesen Umständen eine höhere Dividende als 10 % nicht in Aussicht nehmen zu können (i. V. 26 %).

In der heutigen Generalversammlung der Schultheiss' Brauerei Akt.-Ges. in Berlin wies die Verwaltung darauf hin, dass das vorliegende Resultat — ein Rückgang der Dividende von 16 auf 14 % — im Hinblick auf die trübe Lage des Braugewerbes noch als relativ befriedigend anzusehen sei. Der Abschluss wurde genehmigt und mitgeteilt, dass Geheimrat Georg Arnhold aus dem Aufsichtsrat der Gesellschaft auszuscheiden wünsche. Der Antrag der Verwaltung auf Beteiligung der Kopf- und Handarbeiter am Reingewinn wurde einstimmig genehmigt.

Die Generalversammlung der Oberschlesischen Zinkhütten-Akt.-Ges., Kattowitz, genehmigte die vorgelegte Bilanz und setzte die Dividende auf 10 % fest. Die ausscheidenden Aufsichtsratmitglieder wurden wiedergewählt. Die Direktion bemerkte, dass das laufende Geschäftsjahr bis jetzt befriedigend verläuft, obwohl die Gesellschaft ihre Betriebe nicht voll beschäftigt. In Anbetracht der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage lassen sich Voraussagungen nicht machen.

Der Abschluss der Baugesellschaft Kaiser Wilhelmstrasse in Liqu. für 1918/19 wird dem Vernehmen nach die Tilgung des im Vorjahre hauptsächlich infolge wesentlich erhöhter Aufwendungen für Reparaturen entstandenen Verlustes von 42 883 ℳ ermöglichen. Die Gesellschaft hat mehrere Grundstücksverkäufe tätigen können, der dabei gegen den Buchwert erzielte Nutzen gelangt erst im laufenden Jahre zur Verrechnung.

Die Anklamer Bergschlossbrauerei Akt.-Ges. plant den Verkauf ihres Braurechtes.

Infolge Aufnahme neuer Artikel beschloss der Aufsichtsrat der Nitritfabrik, Akt.-Ges. in Köpenick, einer ausserordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals von 1500000 ℳ auf 2250000 ℳ vorzuschlagen. Ein Uebernahmkonsortium wird den Aktionären die neuen Aktien, die vom 1. April 1920 ab voll dividendenberechtigt sind, zu 118 % zum Bezuge anbieten.

Berliner Börse vom 16. Dezember.

Die Züricher Meldung über eine geplante Transaktion zur Stützung der deutschen Valuta, die den Markt der Auslandswerte gegen Schluß der gestrigen Börse so ungünstig beeinflußt hatte, erfuhr heute eine Abschwächung, da sich herausstellte, daß die beabsichtigte Maßnahme von privater Seite ausgeht. Da auch der Stand der fremden Noten von der Züricher Meldung unberührt geblieben war, trat am Markt der Auslandswerte eine Beruhigung ein und die Rückschläge konnten zum Teil wieder ausgeglichen werden. Fest lagen vor allen Dingen Canada-Aktien, die 70 % anzogen. Schantungbahn waren rund 30 % erholt. Auch einige Kolonialwerte waren nennenswert höher, hauptsächlich Colmanskop und South West, während Kaoko eine anfängliche Steigerung ganz wieder hergeben mußten. Erdölwerte blieben bei ruhigem Verkehr durchweg preishaltend. In Lombarden war das Geschäft ruhiger als an den letzten Tagen, und die Kursveränderungen waren in diesem Papier unbedeutend. Sehr fest verkehrten wieder Montanpapiere, von denen Bochumer, Gelsenkirchener, Laura, Phoenix und Rombacher Besserungen von 6 bis 7 % aufzuweisen hatten. Am Schiffahrtsmarkt war der Verkehr nicht einheitlich, Hansa gewannen 4 %, während Argo 6 % einbüßten. Durchweg niedriger stellten sich Anilinpapiere, von denen Badische Anilin 10 %, Berliner Anilin 8 % und Höchster Farben 5 % verloren. Von Rüstungswerten zogen Daimler, Orenstein & Koppel und Gebrüder Böhler stärker an. Elektrizitätspapiere waren leicht gebessert. Heimische Anleihen gaben erneut nach, besonders Consols. Kriegsanleihe unverändert 77½ %. Tägliches Geld 4½ %, Privatdiskont 4⅝ % und darunter.

Am Einheitsmarkt waren höher: Busch Waggon 7, Döring & Lehrmann 6, Hupfeld 5, Casseler Federstahl 7½, Oelfabrik Gr. Gerau 15, Mark Coment 8, Peipers 25, Sächsische Cartonnagen 7, Kammerich'sche Werke 7.

Niedriger: Cont. Guano 20, Nobel Dynamit 15, Georg Marie 10, Sächs. Webstuhl 5, Flensburger Schiffsbau 11, Zeitzer Masch. 10, Breslauer Sprit 10, Deutsche Erdöl 22, Spritbank 75.

*

Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse. 16. Dezember: Hafer für 1000 kg loko 2180—2220 ℳ ab Speicher frei Wagen. Tendenz etwas ruhig.

Berliner Metallbörse vom 9. Dezember.

Preise für 100 kg in Mark:

	16. 12.	12. 12.
Elektrolytkupfer (wire bars)	2400	2316
Raffinadekupfer (99—99,3 %)	2150—2200	2100—2150
Hüttenweichblei	860—875	870—880
Hüttenrohzink (Syndikatspreis)	450	450
do. (im freien Verkehr)	790—800	790—800
Hüttenaluminium (98—99 %)	3000—3100	3000—3100
Bankazinn	6000—6200	6000—6100
Hüttenzinn (99 %)	—	5900—6100
Reinnickel (98—99 %)	3900—4000	3900—4000
Antimon (Regulus)	925—950	925—950

Devisenkurse.

Berlin.

Telegraphische Auszahlungen		16. Dezember Geld	16. Dezember Brief	15. Dezember Geld	15. Dezember Brief
Holland	100 Gulden	1868½	1871½	1893½	1896½
Dänemark	100 Kronen	879½	880½	899½	900½
Schweden	100 Kronen	1044½	1045½	1069½	1070½
Norwegen	100 Kronen	999½	1000½	1011½	1018½
Helsingfors	100 finnische Mark	147½	148½	148½	149½
Schweiz	100 Franken	849½	850½	911½	913½
Wien (altes)	100 Kronen	33,45	33,55	—	—
Wien (Deutsch-Oesterr. abgest.)	100 Kronen	27,05	27,15	26,95	27,05
Prag	100 Kronen	84,50	84,70	83,90	84,10
Budapest	100 Kronen	82,45	82,55	82,55	82,65
Madrid u. Barcelona	100 Pesetas	884½	885½	929½	930½

Wien, 15. Dezember

	K. v. 15. 12.	13. 12.		K. v. 15. 12.	13. 12.
Berlin	365 00	365 00	Konstantinopel	—	—
Amsterdam	59,75	59,75	Türkische Noten	—	—
Zürich	2975,00	2975,0	Marknoten	364 00	364 00
Kopenhagen	3 265,00	3265,00	Rbl.-N. Romanow	—	—
Stockholm	3580,00	3530,00	do. Duma	—	—
Christiania	3400,00	3400,00	Levantenoten	—	—

New York, 13. Dezember.

	K. v. 13. 12.	12. 12.
Geld auf 24 Std. Durchschnittsrate	—	8—9
Geld auf 24 Std. letztes Darlehen	—	
Wechsel auf Berlin (Sicht)	2½	2½
do. auf London (60 Tage Sicht)	3,68,25	3,6 ,00
do. do. (Cable Transf.)	3,70,75	3,6 ,25
do. auf Paris (Sicht)	11,85	
Silber in Barren	1,31½	1,31½

Kapitalerhöhungen.

Gesellschaften	Beantragte Erhöhung ℳ	Jetziges Aktienkapital ℳ
Zuckerraffinerie Magdeburg	800 000	1 200 000
Salzwerk Heilbronn	3 000 000	3 000 000
Friedr. Richter & Co, Rathenow	950 000	1 150 000
Vereinigte Gothania-Werke	1 500 000	3 000 000
Stettiner Oelwerke Akt.-Ges.	9 000 000	30 000 000
Brüggener Akt.-Ges. für Thonwarenindustrie	300 000	360 000

FÜR SAMMLER v. Büchern, Handschriften und Autographen
Auf Wunsch versende ich kostenlos Lager-Verzeichnis 32 enthalt. eine Auswahl von Büchern und Handschriften frühest. Zeit bis z. Gegenw.
Martin Breslauer Verlagsbuchh. u. Antiquar, Versteigerungsstelle Berlin W. 8, Französische Str. 46 I
Ankauf von Büchern von Wert, Handschrift., Kunstblättern sowie ganzen Bibliotheken.

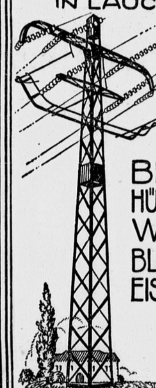
Elefuss der elektrisch geheizte Fuss-Sack macht kalte Zimmer erträglich
Fabrikat Dr. Heilbrun Berlin-Nowawes 3601
Zu haben in guten elektrischen Geschäften.

Sichere Kapitalanlage!
Für 865 Morgen grosses Gut an der pommersch-westpreussischen Grenze, vorzüglicher Boden, wird stille Beteiligung von M. 160 000.— gesucht. Kapital wird hypothekarisch sichergestellt und prompte hohe Verzinsung gewährt. Als weiteres Aequivalent wo den dem Geldgeber Sommerwohnung Jagdbenutzung und Lebensmittelbelieferung zugestanden. 676
Näheres kostenlos durch Paul Michalke, Berlin C 25, Münzstr. 20. Fernr.: Alex. 3826.

4% Anleihe der Firma Fried. Krupp, Gußstahlfabrik, Essen/Ruhr, vom Jahre 1893.
Die am 2. Januar 1920 fälligen Zinsscheine dieser Anleihe werden vom Verfalltag ab eingelöst:
in Essen bei der Hauptkasse von Fried. Krupp Aktiengesellschaft,
" " bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Essen,
" Berlin bei der Preußischen Staatsbank (Seehandlung),
" " bei der Berliner Handels-Gesellschaft,
" " bei der Dresdner Bank,
" " bei der Deutschen Bank,
" " bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,
" " bei dem Bankhause S. Bleichröder,
" " bei der Bank für Handel und Industrie,
" " bei dem Bankhause Delbrück Schickler & Co.,
" Dresden bei der Dresdner Bank,
" Elberfeld bei der Bergisch-Märkischen Bank Filiale der Deutschen Bank,
" Frankfurt a. M. bei der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt,
" " bei der Deutschen Vereinsbank,
" " bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,
" " bei der Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,
" Hamburg bei der Deutschen Bank Filiale Hamburg,
" " bei der Dresdner Bank in Hamburg,
" Köln bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.,
" " bei dem Bankhause Deichmann & Co.,
" " bei dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Co.,
" " bei der Dresdner Bank in Köln,
" Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,
" " bei der Dresdner Bank in Leipzig,
" Magdeburg bei dem Bankhause F. A. Neubauer.

4% Anleihe der Fried. Krupp Aktiengesellschaft, Essen/Ruhr, vom Jahre 1908.
Die am 2. Januar 1920 fälligen Zinsscheine dieser Anleihe werden vom Verfalltag ab bei den auf den Zinsscheinen angegebenen Zahlstellen eingelöst. 3646

Aktiengesellschaft LAUCHHAMMER in Lauchhammer



INDUSTRIE-BAUTEN
BRÜCKEN
HÜTTEN-BAUTEN
WERFTEN
BLECH-KONSTR.
EISEN-WASSER-BAUTEN
MASTE

ORIGINAL „DOECKER“-BAUTEN

Leicht zerlegbar und versetzbar für alle Zwecke des Wohnungswesens, der Industrie, des Verkehrs, überhaupt für jede Bestimmung liefert sofort
Christoph & Unmack Aktiengesellschaft Niesky O./L.
Aelteste und grösste Spezialfabrik für Holzbauten.

Augen auf!
Täglich von 10—6 Uhr bin ich zu finden in Berlin W, Krausenstr. 56—58, Zimmer 1 parterre (Hotel), wo ich — wie bekannt — allerhöchste Preise zahle für
alte Gebisse.
Gewöhnl. Platin-Zahn nicht unter M. 7.50
Platin-, Stift- und Plattenzähne bis M. 100,— (nach Gew.)
Platin Gramm Mark 120.50 (nicht bis).
3586 Vogler, Berlin.

Eleve sucht zwecks weit. Ausbild. Stellg. auf größ. Gute für 1. April ev. auch früher. Ders. besitzt d. Einj.-Zeugn., hat bereits 1½ J. prakt. gelernt u. besucht jetzt die landw. Schule. Fam.-Anschl. erbeten. Pension nach Uebereinkunft. Gef. Offerten bitte an Dolze, Dippoldiswalde bei Dresden.

Billige Wohnungen erzielt man durch Patent-Schlafmöbel, Verwandelb. Chaiselongues, Bettsofas, Bettstühle, Tischbetten ꝛc.
Besichtig. ohne Kaufzwang erbet.
Nippe & Pasche, Patent-Schlafmöbel-Fabrik Berlin, Oranienstr. 112.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Rudolf Kaufmann, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen“ verantwortlich: Herm. Jochim Schumacher, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 32.